VBE

04/2016
Zeitschrift des
Verbandes Bildung und Erziehung
Rheinland-Pfalz
04.04.2016 / 67. Jahrgang

Rheinland-pfälzische Schule

Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.
Damit Lehrer nicht sitzen bleiben.

Grundschule 2016 – endlich aufwerten!

- Engagiert & kompetent: VBE-Vertrauensleute
- Wechselprüfung II: Angelaufen

– Inhalt –

Leitartikel	3
Magazin	4
Aktuell	6
Thema	10
Junger VBE	17
Reportage	18
Personalia	20
Recht	21
VBE-Vertrauensleute	23
Aus den Kreisverbänden	24
Infos & Technik	25
Termine	27,29
Wir gratulieren	28
Zum Schluss ...	30

Impressum

04. April 2016, 66. Jahrgang

Herausgeber
Verband Bildung und Erziehung (VBE),
Landesverband Rheinland-Pfalz
Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz
Telefon: 0 61 31-61 64 22, Telefax: 61 64 25
info@vbe-rp.de

Redaktion dieser Ausgabe:
Hjalmar Brandt (verantwortlich) *br*
h.brandt@vbe-rp.de

Dr. Markus Bachen *mb*
(Veranstaltungen / Regionales)
m.bachen@vbe-rp.de

Frank Handstein *fh*
(Reportage / Recht)
f.handstein@vbe-rp.de

Dominik Hoffmann *dh*
(Recht)
d.hoffmann@vbe-rp.de

Marlies Kulpe *mkl*
(Bildungspolitik / Rubriken)
m.kulpe@vbe-rp.de

Lars Lamowski *lal*
(Primarstufe)
l.lamowski@vbe-rp.de

Klaus Schmidt *kfs*
(Reportage / Berufspolitik / Zum Schluss)
k.schmidt@vbe-rp.de

Verlag:
VBE Bildungs-Service GmbH
Adam-Karrillon-Str. 62
55118 Mainz

Fotos/Grafik:
Jan Roeder:
Titel (Fotos; grafische Aufbereitung: Typoly),
2, 4, 5, 6, 9, 10, 11, 12(2), 14, 15, 16, 17, 20,
Hjalmar Brandt: 3, 7, 8, 18(4), 19 (5), 21, 23,
Karin Mey: 24 (oben)
Helmut Endres: 24 (unten)

Die RpS erscheint zehnmal im Jahr.
Für VBE-Mitglieder ist der Bezugspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Nichtmitglieder bestellen beim Verlag zum Preis von 4,80 Euro vierteljährlich einschließlich Vermittlungsgebühren.

Redaktionsschluss
11.04.2016 für Heft 05/2016
Den Inhalt namentlich gezeichneter Artikel verantworten deren Verfasser.
Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und Quellenangabe zulässig. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Gesamtherstellung, Anzeigenverwaltung
Wilke Mediengruppe GmbH
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
E-Mail: info@wilke-mediengruppe.de

ISSN: 1869 3717

Die nächste RpS erscheint am 02. Mai 2016.

– Editorial –

Denken nach Gehirn

Der Landtagswahlkampf 2016 war heftig. Er trieb seine ganz speziellen Blüten. Die Schulen wurden in den letzten Wochen des Landtagswahlkampfs immer mehr vereinnahmt, in den letzten Tagen ganz besonders. Es stand Spitz auf Knopf:

Da fielen die Hemmungen, die in der Schule gebotene Mäßigung galt nicht mehr. Der politische Stil wurde rau und rauer. Es ging ums Ganze, es ging um die Macht. Eben auch in der Schule. Hier wurde der letzte Hebel angesetzt.

Erst hat die eine große Partei – der Herausforderin – einen Wahlwerbebrief an die Schulen geschickt, zur Weitergabe an die Elternvertreter, aber eben an die Schulen adressiert. Zwei Tage später folgte die andere große Partei – der Amtsinhaberin – und warb in einem Brief bei Schulleitungen, Eltern und Kollegien für ihr Wahlprogramm. Vor allem verwahrte man sich gegen die so (durchaus auch vom VBE) empfundene Polemik gegen das vermeintliche „Schreiben nach Gehör".

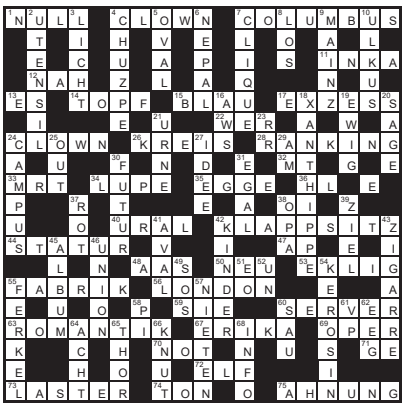
Die Antwort der Gegenseite folgte auf dem Fuße – drittes Schreiben. Darin wurde ein „klarer Verstoß gegen demokratisch vereinbarte Regeln" gebrandmarkt. Von der eigenen Initiative kein Wort.

War den Wahlstrategen ihr politischer Anstand abhanden gekommen? Der VBE Rheinland-Pfalz wandte sich in dieser Situation mit aller Entschiedenheit gegen die parteipolitische Instrumentalisierung der Schulen für Wahlkampfzwecke – von welcher Partei auch immer. Er appellierte an alle Parteien: Achtet die Würde der Schule!

Großartig, wenn in dieser aufgewühlten Situation kurz vor dem Urnengang gerade die Adressaten an den Schulen selbst klaren Kopf und *coolness* bewahrten. So schrieb ein Kollege, Leiter einer Grundschule, als Reaktion auf Schreiben Nr. 3: „ ... selbstverständlich haben wir diese E-Mail nicht an die Eltern verteilt, ebensowenig wie die Post von Ihrer Spitzenkandidatin. Wir lehren ja nicht nur *Schreiben* nach Gehör, sondern auch *Denken nach Gehirn*."

RED

Hier die Auflösung des Rätsels aus Heft 03/2016:



NOUVELLE CUISINE
ZU WENIG AUF DEM
TELLER ZU VIEL
AUF DER RECHNUNG

Grundschulen in Not?

Mit dieser Frage wurden in der Landesschau Rheinland-Pfalz des SWR die Ergebnisse der letzten Grundschulumfrage des VBE Rheinland-Pfalz an den 969 Grundschulen des Landes betitelt. Wie dramatisch ist es wirklich um die Situation an Grundschulen bestellt?

Von der Landesregierung hört(e) man doch immer,

- dass wir eine sehr gute Unterrichtsversorgung haben,
- dass an Grundschulen so gut wie kein Unterricht ausfällt,
- dass es durch die Senkung der Klassenmesszahlen im Durchschnitt nur noch 18,6 Kinder pro Klasse gibt,
- dass die Inklusion beeinträchtigter Schülerinnen und Schüler an Schwerpunktschulen hervorragend läuft,
- dass dank runder Tische und flexibler Unterstützung der Schulen auch die Integration der Flüchtlingskinder auf einem sehr guten Wege sei.

Die Ergebnisse der VBE-Umfrage sprechen eine deutlich andere Sprache. Dort, wo tagtäglich unter oft widrigen Bedingungen dennoch versucht wird, hervorragende pädagogische Arbeit zu leisten, sind die Lehrerinnen und Lehrer langsam, aber sicher an den Grenzen ihrer Möglichkeiten angelangt.

Jedes Schuljahr beginnt seit Jahren bereits mit einem strukturellen Defizit in der Unterrichtsversorgung – das ist geplanter Unterrichtsausfall. Zwar hat jede Klasse am ersten Schultag die in der Grundschule unabkömmliche Klassenleitung und auch der Pflichtunterricht kann in der Regel gemäß Stundenplan abgedeckt werden. Aber für die im Rahmen der individuellen Förderung notwendigen pädagogischen Maßnahmen wie innere und äußere Differenzierung, Förderung besonders starker und schwacher Schülerinnen und Schüler – für die „Kür“ also – werden entschieden zu wenig Lehrerwochenstunden (LWS) zugewiesen.

Warum? Weil die Grundschulbildung in Rheinland-Pfalz von vornherein auf Kante genäht ist und weil die pädagogischen Poolstunden derzeit zu über 90 % in die Einrichtung von Sprachkursen für Flüchtlingskinder fließen – und somit keine Ressourcen mehr für die „Kür“ vorhanden sind.

Statistisch gesehen fällt dennoch kaum Unterricht aus. Dies ist dem Zauberwort „Vertretungskonzept“ geschuldet. Dies heißt nichts anderes, als dass sich die Schule über lange Strecken erst einmal selbst helfen muss. Förderung fällt aus, Klassen werden zusammengelegt, nicht selten über die Klassenmesszahl hinaus, aufgeteilt oder von der Lehrkraft im Nachbarraum mitgeführt. Falls die Schule eine PES-Schule ist, kümmert sie sich selbst um eine – hoffentlich qualifizierte – Vertretungskraft.

Wenn wundert es, dass bei der VBE-Umfrage 75 % der Grundschulen erklärt haben, zu wenig Förderunterricht anbieten zu können und somit die Kinder nicht mehr dort „abholen zu können, wo sie stehen“. Das pädagogische Kernanliegen des Förderns und Forderns kann unter diesen Rahmenbedingungen nicht mehr erfüllt werden.

Sabine Mages

Diese erschreckend hohe Zahl zeigt auch, dass die Absenkung der Klassenmesszahl allein kein Allheilmittel ist. Es ist unbestritten gut, dass keine Klasse mehr als 24 Schüler/-innen haben soll. Der Durchschnitt von 18,3 Schülerinnen und Schülern pro Klasse darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es gerade im städtischen Bereich regelmäßig zu großen Klassenbildungen mit problematischer Zusammensetzung kommt. Diese Schulen werden im Vergleich zu kleineren Systemen viel zu schlecht versorgt. Das muss sich ändern. In diesen Schulen ist der Schulalltag der Lehrerinnen und Lehrer durch ständige Grenzerfahrungen geprägt. Das Projekt Lehrergesundheit wir damit zum Alibi.

Darüber hinaus sollen auch noch die Inklusion und die Integration von Flüchtlingskindern gestemmt werden. Von Lehrerinnen und Lehrern wird erwartet, dies einfach als eine zu meisternde Herausforderung und nicht als zusätzliche Belastung zu empfinden. Sozusagen als Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit. Wie soll das gehen, wenn die Ressourcen hinten und vorn fehlen?

Mehr als die Hälfte der Schwerpunktschulen gibt an, nicht im erforderlichen Umfang mit Förderschullehrerwochenstunden versorgt zu sein. Noch mehr Schulen geben an, weder räumlich noch sächlich entsprechend der Behinderungen der Kinder ausgestattet zu sein. Schulträger können häufig auch nicht gegensteuern, da sie keine Geldmittel bieten können. Auch hier sind Schulen am Limit. Welch ein Hohn, dass die versprochene Unterstützung durch Förder- und Beratungszentren so gegenfinanziert wird, dass die bewährten Zusatzstunden gemäß § 29 GSchO (IFÖ) einfach einbehalten werden.

Wir sind gespannt, ob die neue Landesregierung, die ab dem 19. Mai 2016 die schulpolitische Verantwortung in Rheinland-Pfalz übernimmt, die Grundschulen in Rheinland-Pfalz stärken wird.

Es wird Zeit, dass unser Schulsystem von der Grundbildung her gedacht wird, nicht vom Abitur. Die VBE-Vorschläge für eine bessere Grundschulpolitik liegen auf dem Tisch. Darüber wollen wir mit der künftigen Landesregierung reden. Und auch darüber, wie die Kolleginnen und Kollegen endlich eine höhere Wertschätzung ihres Engagements erfahren können. Da lässt der VBE nicht locker.

Sabine Mages
stellvertretende VBE-Landesvorsitzende

Acht Tipps für erfolgreiches Lernen

Wie bringt man das Gehirn von Schülern zum Lernen? Das war eine der zentralen Fragen auf dem 5. Deutschen Schulleiterkongress (3. bis 5. März 2016) in Düsseldorf. Der Bremer Hirnforscher Gerhard Roth und der Hamburger Erziehungswissenschaftler Peter Struck sind dem Geheimnis erfolgreichen Lernens seit Jahren auf der Spur. Sie geben Einblicke in neue Forschungsergebnisse.

■ **MOTIVATION UND BELOHNUNG:** Schulisches Lernen klappt am besten mit „Belohnung“. Kinder müssen früh die Erfahrung machen, dass Lernen etwas Nützliches oder Schönes ist. Werden Lernen und Schule dagegen früh als mühselig und lästig empfunden, werden Kinder demotiviert.

■ **STRESS:** Leichter, anregender Stress gilt als lernfördernd. „Es ist deshalb nachteilig, wenn Lernen zu entspannt und „kuschelig“ ist und ohne jegliche Anstrengung auf niedrigstem Niveau passiert“, warnt Roth. „Lernen muss – zumindest mit Beginn des 4. Lebensjahres – als positive Anstrengung und Herausforderung empfunden werden.“ Starker Stress, verbunden mit Versagensangst und einem Gefühl der Bedrohung seitens des Lehrers, führe hingegen zu starker Hemmung des Lernerfolgs.

■ **SINN:** Der Göttinger Neurobiologe Gerald Hüther vertritt die Auffassung, dass Schüler nur das effektiv lernen können, was sie für wichtig halten. Deshalb müsse der Stoff für Schüler mit Positivem verknüpft werden, folgert Struck. Etwa mit Zukunftsperspektive, Humor, Bewegung und Musik oder mit einem Rollenspiel.

■ **FRONTALUNTERRICHT:** Er ist in der Fachwelt umstritten. Viele Bildungsforscher sehen ihn nach Auswertung internationaler Vergleichsstudien nach wie vor als wirksamste Unterrichtsform. Der Befund sei kein Wunder, da die meisten verglichenen Länder vorwiegend Frontalunterricht praktizierten, hält Struck dagegen. Viele Lernpsychologen und Hirnforscher kämen zu anderen Ergebnissen. Demnach seien jahrgangsübergreifende Lernfamilien, Partnerarbeit, Lernen in eigenem Tempo sowie Spielen und Arbeiten am Computer vielversprechender. Und: „Schüler lernen von anderen Schülern etwa doppelt so viel wie von Lehrern.“

■ **45-Minuten-Takt:** Obwohl in deutschen Klassenzimmern noch gang und gäbe, sind sich die meisten Schulforscher einig: Die Stückelung des Unterrichts in 45-Minuten-Einheiten ist mit den neuen Forschungsergebnissen der Hirn- und Lernforschung nicht vereinbar. Einzelheiten wie Vokabeln, Geschichtszahlen, Merksätze oder Multiplikationstabellen werden demnach am besten in Zehn-Minuten-Einheiten gelernt – vernetzte naturwissenschaftliche Zusammenhänge hingegen am besten in dreistündigen Portionen.

■ **BEWEGUNG:** „Wenn Schüler eine Stunde Mathe hatten, sollten sie sich danach 20 Minuten bewegen“, empfiehlt Struck. Die Forschung zeige: Wenn direkt vor einer Mathe-Stunde ein weiteres kopflastiges Fach unterrichtet wurde, bleibt der neue Mathe-Stoff nur halb so gut im Kopf haften als nach einem Bewegungs- oder Kunstangebot. Noch krasser: Wenn auf Mathematik Chemie oder Latein folgt, bleibt nur ein Drittel so viel vom Mathe-Stoff hängen, als wenn auf Mathe Sport oder künstlerisches Arbeiten folgt.

■ **HALTUNG:** Neurobiologen vom Zentrum für neurowissenschaftliches Lernen der Universität Ulm fanden heraus: Bis zum 13. Lebensjahr lernen Kinder messbar am besten, wenn sie dabei bäuchlings auf dem Teppich liegen oder ihre Position beim Lernen frei variieren dürfen. Schüler über 14 lernen besonders gut an einem Stehpult oder wenn sie auf einem Stuhl sitzen.

■ **NOTEN:** Ähnlich umstritten wie der Frontalunterricht ist der Nutzen von Zensuren. Das Alter der Kinder spielt dabei für viele Lernforscher eine entscheidende Rolle. Struck: „Wenn man Siebenjährigen bereits Noten gibt, lernen sie, ausschließlich für Noten zu lernen.“ 14-Jährige hingegen könnten Noten und ihr Lernverhalten besser einschätzen und verknüpfen.

Internet:

■ Infos zum Deutschen Schulleiterkongress http://dpaq.de/G8kld

dpa

Deutschlands Lehrer könnten mehr lernen – voneinander

Trotz wachsender Offenheit für Teamarbeit blicken Deutschlands Lehrer in ihrem Schulalltag noch zu wenig über den Tellerrand, um sich bei Kollegen etwas abzuschauen. Das geht aus einer am 25. Februar veröffentlichten repräsentativen Studie zur Lehrerkooperation hervor. Bei den 1015 befragten Lehrern der Sekundarstufe 1 waren demnach gemeinschaftlicher Unterricht (23 Prozent) oder Hospitationen in Kollegen-Klassen (9 Prozent) kaum verbreitet. An Gymnasien sei die Kooperationskultur teilweise deutlich schwächer entwickelt als in anderen Schulformen, lautet einer der Befunde des Reports. Recht gut sieht es hingegen in Schulen mit Inklusion (gemeinsamer Unterricht von Schülern mit und ohne Behinderung) sowie in verpflichtenden Ganztagsschulen aus. Von ihren durchschnittlich 42,8 Wochenarbeitsstunden verwenden Lehrer fünf auf Kooperationen – mit Kollegen, anderen Pädagogen, Eltern oder Institutionen. Gleichwohl finden fast alle befragten Lehrer (97 Prozent) Austausch und Zusammenarbeit wichtig, für neun von zehn (87 Prozent) lohnt sich der Zusatzaufwand. Doch ein Großteil der Lehrkräfte in Deutschland „erhält keine oder nur sehr wenige Einblicke in den Unterricht anderer Kollegen“, heißt es in der Studie

der Stiftungen Mercator, Bertelsmann, Robert Bosch und Deutsche Telekom. Kritisch-konstruktive Rückmeldungen und Feedback innerhalb der Kollegien seien hierzulande noch unterentwickelt, stellten die Autoren, die Bildungsforscher Dirk Richter (Bergische Universität Wuppertal) und Hans Anand Pant (Humboldt-Universität Berlin), fest. Nur jeder zweite befragte Lehrer gab an, zusammen mit Kollegen komplexe Unterrichtskonzepte oder -strategien zu entwickeln.

Die Studie zeigt, dass intensive Kooperation von Lehrern deren Kompetenzen, berufliche Zufriedenheit und sogar Gesundheit verbessern kann. Es sei also im Interesse von Schulleitungen, beispielsweise feste Teamzeiten oder Strukturen für jahrgangsübergreifende Projekte zu ermöglichen. Gerade auch angesichts immer vielfältigerer Klassen mit Inklusion oder mit vielen Migranten- und Flüchtlingskindern sei Teamarbeit – womöglich unter Einschluss von Schulsozialarbeitern und Psychologen – ein Schlüssel zum pädagogischen Erfolg.

Die Studie wird auch beim Internationalen Bildungsgipfel in Berlin diskutiert, der von der deutschen Kultusministerkonferenz (KMK) mitorganisiert wird. Deren Präsidentin Claudia Bogedan sagte: „Wir sollten die Lehrkräfte in Zukunft, noch mehr als ohnehin schon, ermutigen, noch enger zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen."

Für den Gewerkschaftschef des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, steht fest: „Lehrermangel, Zeitknappheit und vielfältige anderweitige Anforderungen verhindern die Zusammenarbeit oft. Zeit für Absprachen im Team muss fester Bestandteil der Lehrerarbeitszeitberechnung sein."

- Webseite Bertelsmann-Stiftung mit Links zu aktuellen Studien http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/startseite/
- Statistisches Bundesamt zu Lehrkräften 2014/15

dpa

Studie zu Stimmproblemen bei Lehrern

Wissenschaftler der Universität Leipzig mahnen eine solide stimmliche Ausbildung von Lehramtsstudenten an. Dies könne das Risiko für eine spätere Stimmerkrankung im Beruf senken, wie eine Studie gezeigt habe. „Ein Lehrer muss 40 Jahre lang mit dem Arbeitsinstrument Stimme arbeiten und das oft unter schwierigen Bedingungen", sagte Michael Fuchs, Leiter der Sektion Phoniatrie und Audiologie am Universitätsklinikum Leipzig.

Ihre Erkenntnisse stellten die Wissenschaftler auf einem Symposium in Leipzig vor. Daran nahmen 500 Mediziner, Logopäden, Pädagogen sowie Stimm- und Musiktherapeuten aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Italien teil. Für die Studie untersuchten die Wissenschaftler 202 Lehrer an Kliniken und Schulen in Leipzig, Halle und Marburg (Hessen), die mindestens fünf Jahre an einer Grund-, und Mittelschule oder an einem Gymnasium unterrichteten. 31 Prozent hatten eine Stimmerkrankung, 69 Prozent waren beschwerdefrei. Dabei zeigte sich ein deutlicher Zusammenhang: Je besser die Stimmausbildung während des Studiums, umso gesünder die Stimme. „Fehlt eine Schulung der Stimme während des Studiums, steigt das Risiko einer Erkrankung um das 1,6-fache", sagte Fuchs. Besonders gefährdet seien Grundschullehrer und Quereinsteiger, die beispielsweise als Naturwissenschaftler in den Lehrberuf wechseln.

Die Stimmausbildung sei in Deutschland unterschiedlich geregelt und liege bei den Hochschulen, sagte Fuchs. An manchen dauere sie mehrere Semester, an anderen gebe es gar kein Angebot. „Nach fünf bis zehn Jahren im Beruf beginnen dann die Stimmprobleme, die letztendlich zu einer Berufsuntauglichkeit führen können."

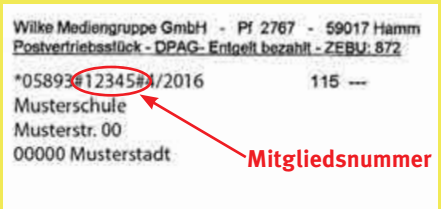
dpa

Internet:

- Uniklinikum http://dpaq.de/VTYH

VBE-Websites: So gelingt der Zugang zum geschützten Mitgliederbereich

Die VBE-Websites www.vbe-rp.de, www.gerechtigkeit-fuer-lehrer.de und www.recht-fuer-lehrer.de verfügen über die allgemein zugänglichen Informationen hinaus über einen geschützten Mitgliederbereich. Dieser Mitgliederbereich ist nur VBE-Mitgliedern vorbehalten. Entweder wird dieser Mitgliederbereich bei geschützten Texten und Angeboten aktiviert und durch ein entsprechendes Fenster angezeigt oder es ist ein Log-in erforderlich.



Für den Mitglieder-Zugang ist der Eintrag der VBE-Mitgliedsnummer und der Postleitzahl des Wohnortes erforderlich. Die VBE-Mitgliedsnummer ist auf dem Adressaufdruck auf der Rückseite der RpS (also dieser Zeitung) ersichtlich. Die VBE-Mitgliedsnummer ist in der Zahlenkolonne oberhalb der Adresse die mittlere Zahl zwischen den Rauten. Die VBE-Mitgliedsnummer kann auch persönlich bei der VBE-Landesgeschäftsstelle telefonisch erfragt werden.

RED

Forsa Lehrerbefragung im Auftrag des VBE zur Berufszufriedenheit:

Hohe Eigenmotivation trotz nachhaltiger Ignoranz der Politik

„Für die Lehrkräfte ist derzeit die Politik der größte Belastungsfaktor. Die Ignoranz des Schulalltags durch die Politik bewerten die Lehrer mit einer 4,0. Ich rate dringend, hier nachzusteuern. Der VBE steht für kostenlose Nachhilfe gerne zur Verfügung“, kommentierte der VBE-Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, am 29. Februar 2016 in Düsseldorf. Beckmann stellte die repräsentative Forsa-Studie im Auftrag des VBE „Zufriedenheit im Lehrerberuf“ vor. Für die Studie wurden bundesweit 1.001 Lehrer von allgemeinbildenden Schulen befragt.

„Die 4,0 wird nicht von einer verdrossenen Berufsgruppe, sondern von hochmotivierten und engagierten Lehrkräften ausgeteilt“, stellte Beckmann klar. Laut Studie gehen 91 Prozent der befragten Lehrer gerne bis sehr gerne zur Arbeit. Wichtig sei es 98 Prozent der Befragten, jungen Menschen Wissen zu vermitteln und mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten. 90 Prozent interessieren sich für das unterrichtete Fach. 84 Prozent haben diesen Beruf gewählt, weil es ihnen wichtig ist, einen Beruf mit großer Verantwortung und Eigenständigkeit auszuüben.

„Die Befragung zeigt hier ganz deutlich die hohe Eigenmotivation der Lehrer. Sie sind es, die momentan im Kontext von zunehmender Heterogenität, steigenden Anforderungen aufgrund von Inklusion und der Flüchtlingsbeschulung Meisterleistungen vollbringen“, lobte der VBE-Bundesvorsitzende. Doch müsse im Fokus sein, dass die mit der hohen Eigenmotivation verbundene Selbstausbeutung der Lehrkräfte keine Lösung dieser vielfältigen und steigenden Herausforderungen sein könne.

Bezeichnend sei: 85 Prozent der Befragten gaben als belastend an, dass Politiker bei ihren Entscheidungen den tatsächlichen Schulalltag nicht beachten. „Die Ignoranz der Politik, auf der einen Seite öffentlich hohe Anforderungen zu stellen und auf der anderen Seite die notwendigen Ressourcen zu verweigern, ist eine Zumutung“, kritisierte Beckmann. Als weitere Belastung wurde von 66 Prozent der Befragten angegeben, dass außerunterrichtliche Aufgaben, die beständig zunehmen, sich nicht in der Arbeitszeit wiederfinden. Deutlich über die Hälfte der Befragten gaben zudem an, dass es belastend sei, stark heterogene Klassen alleine zu unterrichten (61 Prozent), in zu großen Klassen zu unterrichten (59 Prozent) und dass sie im Umgang mit schwierigen Schülern häufig alleingelassen würden (53 Prozent). „Diese Belastungsfaktoren verweisen auf eine zu dünne Personaldecke in den Schulen, auf fehlende Möglichkeiten für eine Doppelbesetzung im Unterricht und auf zu wenig Zeit für den gewollten Austausch im Team. Hier besteht die Gefahr eines Teufelskreises, denn Teamarbeit kann eine entlastende Wirkung haben“, mahnte Beckmann.

Alarmierend sei die deutliche Diskrepanz zwischen den von Lehrkräften als erforderlich angesehenen Unterstützungsmaßnahmen und der tatsächlich vorhandenen Situation. Während 85 Prozent der befragten Lehrer die Einbindung der Schule in ein multiprofessionelles Team aus Sozialpädagogen, Schulpsychologen und medizinische Assistenten zwingend für erforderlich halten, geben nur 59 Prozent der Befragten an, dass es diese Art der Zusammenarbeit an ihrer Schule gibt. Der Bundesvorsitzende bezieht Stellung: „Gerade mit Blick auf Inklusion und Flüchtlingsbeschulung muss diese Lücke dringend geschlossen werden!“ Noch eklatanter falle die Differenz zwischen Wunsch und Wirklichkeit im Falle der Gesundheitsprävention (65 Prozent zu 36 Prozent), bei Supervision (63 Prozent zu 28 Prozent) und Unterstützung beim Zeitmanagement (54 Prozent zu 18 Prozent) aus. „Die Politik nimmt billigend in Kauf, dass sich Lehrerinnen und Lehrer in ihrem geliebten Beruf verschleißen“, sagte Beckmann.

So sei es auch zu erklären, dass mit zunehmendem Alter der Lehrkräfte der Anteil derjenigen zurückgehe, die den Lehrerberuf jungen Menschen empfehlen würden. Bis zum Alter von 49 Jahren sind es sieben von zehn Lehrkräften, ab 50 und älter tun dies noch rund sechs von zehn. Mit Nachdruck betont Beckmann: „Die Umfrage macht deutlich, dass es auf die Kappe der Politik geht, Lehrerinnen und Lehrer im Verlaufe ihres Berufslebens sukzessive zu demotivieren. Hier muss die Politik umsteuern, indem sie die Gelingensbedingungen im Beruf sichert.“

Mehr Information: http://www.vbe.de/presse/meinungsumfragen.html

VBE-Bund/RED

Bildungsgipfel ISTP in Berlin:

Global erfassen, national lenken

Nationale Ausrichter begeistern Gäste mit ISTP 2016 in Berlin

Aufschlussreiche Vorträge, spannende Beiträge und angeregte Diskussionen: Mit den abschließenden Beratungen der Länderdelegationen am 4. März 2016 ging der 6. International Summit on the Teaching Profession (ISTP) in Berlin erfolgreich zu Ende.

Die rund 400 Teilnehmer aus Politik, Verwaltung, Gewerkschaften, Verbänden, Wissenschaft und Praxis nahmen viele wertvolle Impulse für ihre tägliche Arbeit mit nach Hause und zeigten sich am Ende des Kongresses begeistert. Insgesamt waren Vertreter aus 23 Staaten in Berlin zu Gast. Unter dem Motto „Professionalisierung von Lehrkräften: Voraussetzungen für gute Unterrichtsqualität und beste Lernergebnisse“ tauschten sich die Beteiligten zwei Tage lang über aktuelle Entwicklungen in der Bildungspolitik aus.

Der Kongress thematisierte die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften sowie die Professionalisierung, Anerkennung und Akzeptanz des Berufs. Der Bildungsgipfel war zudem von intensiven Diskussionen über guten Unterricht und Bildungsstandards geprägt. Dies spiegelt die zentrale Bedeutung der Lehrkräfte in der Bildungspolitik wider.

„Die Frage, was guten Unterricht ausmacht, ist ein Dauerbrenner: Welche Kompetenzen und Kenntnisse werden von erfolgreichen Lehrkräften erwartet. Alle Beteiligten sind sich einig, dass die Grundlage für erfolgreiches Unterrichten eine fundierte bildungswissenschaftliche und fachliche Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte ist. Ein besonderer Fokus sollte sich dabei auf den gelingenden Umgang mit Diversität richten. Die Länder werden ihre Anstrengungen deshalb bei der Erstausbildung von Lehrkräften an den Hochschulen und im Vorbereitungsdienst, aber auch in der Fortbildung weiter intensivieren“, sagt die Präsidentin der Kultusministerkonferenz und Bremer Senatorin für Kinder und Bildung Dr. Claudia Bogedan.

„Der Summit in Berlin hat unmissverständlich klargestellt: Auf die Lehrerinnen und Lehrer kommt es an“, betont VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann. „Es ist dem VBE sehr wichtig, dass dieser supranationale Dialog zwischen Bildungsgewerkschaften und Regierungen darin übereinstimmt, dass der Lehrerberuf gestärkt werden muss. Die Persönlichkeit einer Lehrkraft kann niemals durch eine App ersetzt werden. Bildungsreformen müssen von der Politik auf die professionelle Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer ausgerichtet werden. Uns ist es wichtig, dass die mit der KMK auf dem Summit vereinbarten Schlussfolgerungen die Herausforderungen festhalten, die den Lehrerinnen und Lehrern unter den Nägeln brennen. Für den Umgang mit stark heterogenen Lerngruppen, schulischer Inklusion, Beschulung von Flüchtlingskindern müssen in der Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung dringend weitere Angebote entwickelt werden, die auf der engen Verknüpfung von Schulpraxis und Erziehungswissenschaften fußen. Dies unterstreicht auch die Forsa-Lehrerbefragung im Auftrag des VBE.“

Info: Der ISTP ist ein zweitägiger Bildungskongress, der gemeinsam von OECD, Education International (Internationale Dachorganisation der Bildungsgewerkschaften) und dem jeweiligen ausrichtenden Land (2011 und 2012 USA, 2013 Niederlande, 2014 Neuseeland, 2015 Kanada) veranstaltet wird. Der ISTP geht auf eine Initiative von Präsident Barack Obama im Zusammenhang mit bildungspolitischen Reformen der US-Bundesregierung vor dem Hintergrund unbefriedigender PISA-Ergebnisse zurück. Er fand 2011 erstmals in New York statt. Ursprünglich nur als einmalige Veranstaltung vorgesehen, entwickelte sich der Summit aufgrund des großen internationalen Interesses zu einer jährlichen Veranstaltung, die jeweils von einem OECD-Mitgliedsstaat ausgerichtet wird.

RED

Aktiv: 20 Jahre in der VBE-Landesgeschäftsstelle

Karin Müller (links) ist seit dem 01. Februar 1996 in der VBE-Landesgeschäftsstelle tätig. Das sind mittlerweile 20 Jahre. Sie begann ihre Arbeit, als die VBE-LG noch in Wittlich ansässig war. Seinerzeit war Karin Müller die einzige hauptamtliche Mitarbeiterin und erledigte die gesamte Sekretariatsarbeit sowie die Pflege der Mitgliederdatenbank. Heute ist die VBE-Landesgeschäftsstelle größer geworden, und sie leitet das zentrale Sekretariat. – Im Rahmen seiner letzten Sitzung dankte der Landesvorstand Karin Müller für ihr beständiges Engagement und ihre hohe Verlässlichkeit, stets verbunden – so der VBE-Landesvorsitzende Gerhard Bold (rechts) – mit einer Spitze Humor.

VBE-Planungsgruppe tagte

Am 11./12. März 2016 tagte der erweiterte VBE-Landesvorstand in der *dbb akademie* in Königswinter als Planungsgruppe für die bevorstehenden verbandspolitischen Ereignisse bis zur nächsten VBE-Delegiertenversammlung im Herbst 2017. Mit von der Partie waren (von links) Hubertus Kunz, Lars Lamowski, Sabine Drechsler, Alexander Stepp, Sabine Mages, Dominik Hoffmann, Gerhard Bold, Wolfgang Schenk, Johannes Müller, Iris Segrodnik, Wolfram Geib, Frank Handstein und Gerhard Walgenbach (sowie Hjalmar Brandt, der das Foto schoss). Im Rahmen der nächsten Sitzung des VBE-Hauptausschusses am 20. Mai 2016 werden die Ergebnisse der Beratungen diskutiert. Und natürlich wird dann auch über die künftige Schulpolitik in Rheinland-Pfalz gesprochen – im Licht der dann gerade ins Amt gekommenen neuen Landesregierung.

RED

Der Stein kommt ins Rollen

Wechselprüfungen laufen an – der VBE informiert und berät

In diesen Wochen finden an den ersten Schulen die Wechselprüfungen statt. Endlich kann auch amtlich und formell bestätigt werden, dass die GHS-Kolleginnen und -Kollegen im Einsatz an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen befähigt sind, die Tätigkeit auszuüben, die sie teilweise seit Jahrzehnten (so auch an Regionalen Schulen) zur vollsten Zufriedenheit des Dienstherrn verrichten.

Aktuell werden vonseiten des Bildungsministeriums für das Jahr 2016 über 750 Prüfungsverfahren eingeplant. Es ist den zahlreichen Informationsveranstaltungen des VBE an den Schulen zu verdanken, dass endlich Fahrt in den amtlich verfügten Bürokratismus kommt. Erste Rückmeldungen aus den absolvierten Prüfungen liegen jetzt vor. Auch unter deren Berücksichtigung setzt der VBE seine Beratungen für betroffene Kolleginnen und Kollegen fort.

Noch immer stellen sich viele Kolleginnen unter anderem die Frage, ob sich das Verfahren für sie noch „lohnt“. Der VBE sagt dazu klar: **JA, die Wechselprüfung II lohnt sich in jedem Fall.**

Nur eine absolvierte Wechselprüfung II schafft die Voraussetzung dafür, später die angestrebte höhere A 13-Stelle erhalten zu können.

Auch wenn gegenwärtig im Haushalt für das Jahr 2016 keine Stellen zur Umwidmung explizit ausgewiesen sind, geht der VBE davon aus, dass das Thema nun nach der Landtagswahl mit Anfang der neuen Legislaturperiode zügig gelöst werden muss. Der VBE fordert, dass die Absolventinnen und Absolventen der Wechselprüfung II umgehend zu berücksichtigen sind.

Die ersten Prüfungsverfahren zeigen eines sehr deutlich: Auch wenn der VBE die Prüfung im aktuellen Umfang für unnötig hält, weil sie letztlich als eine Missachtung für das bisherige pädagogische Engagement zu deuten ist, so ist die Prüfung für jede betroffene Lehrkraft leistbar. Die wirklich begründete Meinung des VBE ist: Die Gefahr für Kolleginnen und Kollegen mit Berufspraxis, bei der Wechselprüfung II durchzufallen, ist faktisch Null.

Soweit wir das bis jetzt beurteilen können, orientieren sich die Seminare in den Gesprächen sehr stark an der unterrichtlichen Praxis; eine wissenschaftliche Nachqualifikation wird also nicht erwartet. Damit erfüllen die Seminare die Rahmenvorgaben des Bundesverwaltungsgerichts. Der VBE wird auf den Fortgang des Prüfungsverfahrens ein wachsames Auge werfen.

Die Marschrichtung des VBE ist klar: Auch weiterhin sollen alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen motiviert werden, die Wechselprüfung II zu beantragen. Der VBE wird entsprechend nachhaltig informieren und kompetent beraten. Offene Fragen werden zügig beantwortet.

Dies wird mit den aktuellen Erfahrungen über den Fortgang der Prüfungen verbunden. Deshalb hat der VBE vor Kurzem die Realschulen plus und die Integrierten Gesamtschulen im Land noch einmal eingeladen, sich für eine VBE-Informationsveranstaltung zu melden. Sollte es weiteren Beratungsbedarf geben, steht der VBE selbstverständlich auch außerhalb dieser Veranstaltungen fachkundig zur Verfügung.

Jetzt nicht locker lassen! Wer die Wechselprüfung II noch nicht beantragt hat, sollte dies umgehend tun. Es lohnt sich – in jedem einzelnen Fall.

dh

Zum Ausgang der Landtagswahl 2016

Vom kleineren Übel

Landtagswahl 2016, nach Schließung der Wahllokale. Mancher reibt sich bereits angesichts der ersten Hochrechnung die Augen. Wie kann das sein? Und als das amtliche Endergebnis vorliegt, ist bestätigt, was zunächst für Unglauben sorgte: Offensichtlich soll alles in der Schulpolitik im Wesentlichen so weitergehen wie bisher. Die Machtverhältnisse scheinen weitgehend stabil zu bleiben – egal ob Ampel oder GroKo.

Haben wir nicht über Monate, ja, Jahre gekämpft für eine bessere Schulpolitik? Haben wir nicht immer wieder mehr Ressourcen gefordert, damit Unterricht den vorgegebenen Ansprüchen genügen kann? Damit bildungspolitische Ziele erreicht und die Kolleginnen und Kollegen endlich entlastet werden können? Damit Inklusion sein kann, was Inklusion sein soll? Haben wir uns nicht engagiert für mehr Gerechtigkeit, sogar bis hinauf zu höchsten Bundesgerichten? Waren wir uns nicht in großen Teilen der Lehrerschaft – die Angeseilten wollen wir mal vergessen – zumindest darin einig, dass eine Schulpolitik für die Zukunft anders aussehen muss als die der letzten fünf Jahre? Dass also eine neue, eine andere Regierung das Ruder übernehmen muss?

Demokratische Wahlentscheidungen leben von ihren Wahlalternativen. Und da scheint der Hase im Pfeffer zu liegen. Wieder einmal.

Je näher die Wahl rückte, folgte der Debatte über die schulpolitisch beklagenswerten Zustände immer häufiger die Frage: Und was würden „die anderen“ machen? Würden sie tatsächlich für in unserem Sinn bessere Verhältnisse sorgen?

Die SPD führte in der abgelaufenen Legislaturperiode schulpolitisch eine Alleinregierung. Die GRÜNEN kamen faktisch nicht vor. Das war nicht ohne Arroganz und Überheblichkeit, bei den Akteuren wie in der Sache. Ohne das richtige Parteibuch oder eine gewisse „Rötung“ war da offensichtlich wenig zu machen.

Die CDU setzte dagegen. Allerdings zuweilen in einer Diktion, die eher den Weg zurück als nach vorn wies. Erst recht im aufziehenden Wahlkampf. Wer das Gymnasium als Dreh- und Angelpunkt seines Bildungsprogramms nimmt, kann wahrscheinlich nicht anders.

Und wen dann unter den Wahlkampfstrategen der CDU noch die Idee geritten hat, das kontroverse Thema „Schriftspracherwerb“ so polemisch, polarisierend und diffamierend aufzugreifen, Stichwort „Schreiben nach Gehör“ (?), dem sollte klar gemacht werden, dass eine Wahl wie diese nur von dem gewonnen werden kann, der in der Bildungspolitik die Mitte besetzt. Und das hat die CDU ganz offensichtlich gar nicht erst versucht. Wieder einmal. Vielleicht auch deshalb das Ergebnis. Wieder einmal.

Die schulpolitische Mitte: Das ist schulpolitischer Pragmatismus, ist Offenheit für längeres gemeinsames Lernen, ist die Anpassung der Bildungsstrukturen an den gesellschaftlichen Wandel, verlangt Durchlässigkeit und Transparenz der Bildungschancen, bedeutet kulturelle Vielfalt statt ideologischer Einfalt, schafft soziale Integration durch Bildung statt Ausgrenzung durch Bildungsentzug. Was davon fand sich im CDU-Programm?

Um es abzukürzen: Wer sich an der Wahlurne zwischen den bildungspolitischen Alternativen entscheiden musste, wer an die Zukunft dachte und die Vergangenheit nicht wollte, hatte letztlich und in tragischer Abwägung der Optionen keine Alternative. Und wählte das kleinere Übel. Das war‘s dann. Bildungspolitische Wechselstimmung? Keine Grundlage.

Wenn dies dann von Sozialdemokraten als Mobilisierung der eigenen Wahlklientel verkauft wird, dann ist das entweder eine grenzenlose Selbstüberschätzung oder einfach nur einfältig.

Der beste Verbündete einer Regierung ist noch immer eine schwache Opposition. Damit kann man sich lange an der Macht halten. Wie man sieht, sogar über mehrere Legislaturperioden.

br

ein guter GRUND SCHULE zu stärken!

Grundschule 2016 – was läuft und was läuft nicht?

Ergebnisse und Perspektiven einer landesweiten Umfrage

Die Grundschulen in Rheinland-Pfalz sind in ihrem pädagogischen Auftrag von den gesellschaftlichen Herausforderungen besonders betroffen.

Grundschulen nehmen alle Kinder auf, unabhängig von sozialer, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit. Grundschulen spiegeln damit ein Bild unserer Gesellschaft, ihrer Entwicklungen, ihrer Probleme, aber auch ihrer Potenziale.

Viele Reformen sind in den vergangenen Jahren unternommen worden, um den pädagogischen Auftrag der Grundschulen mit der gesellschaftlichen Entwicklung abzustimmen. So ist die Grundschule als *Volle Halbtagsschule* die pädagogische Antwort auf den Wandel von Familie und Lebenswelt.

Die Individualisierung des Lernens, der gemeinsame Unterricht für alle Kinder im Rahmen der Inklusion und jetzt die Integration der von Flucht und Vertreibung betroffenen Kinder sind weitere Etappen der Veränderung. Daraus entstehen immer neue Herausforderungen im pädagogischen Alltag. Nicht wenige befürchten eine Überforderung des Systems.

Vor diesem Hintergrund hat der VBE Rheinland-Pfalz eine Bestandsaufnahme der Grundschulsituation durchgeführt, die auf einer landesweiten Umfrage unter allen nahezu 1.000 Grundschulen basiert.

Die Ergebnisse dieser Umfrage werden hier vorgestellt. Ihre Analyse dokumentiert eine Grundschulsituation, die auf Veränderungen drängt.

… ein guter GRUND SCHULE zu stärken! – eine Initiative des VBE

Zugleich startet der VBE Rheinland-Pfalz seine Grundschulkampagne 2016, die unter dem Motto steht **… ein guter GRUND SCHULE zu stärken.**

Damit will der VBE die gesellschaftliche Bedeutung grundlegender Bildung an den Grundschulen unseres Landes unterstreichen.

Es muss deutlich werden, dass die Grundschulen das Fundament für erfolgreiches Lernen, für soziale Integration und für die persönliche Entwicklung der Kinder schaffen – wie keine Schule sonst.

Beteiligung und Rücklauf

Der Fragebogen zu dieser Umfrage wurde am 25. November 2015 an alle Grundschulen, Grund- und Realschulen plus sowie die (privaten) Grund- und Hauptschulen in Rheinland-Pfalz versandt (insgesamt 969 Adressen).

Rücklauftermin war der 11. Dezember 2015. Berücksichtigt wurden Eingänge bis zum 18. Dezember 2015. Mit ausgefülltem Fragebogen geantwortet haben 410 Schulen. Das entspricht einer Quote von ca. 43 %.

Nach den Erfahrungen des VBE mit vergleichbaren Untersuchungen ist dieser Rücklauf als sehr gut zu bewerten, was zu einer hohen Gültigkeit der Ergebnisdaten führt, die in der Analyse auf die Grundschulen insgesamt hochgerechnet werden können. Die Umfrageergebnisse schaffen damit eine stabile Basis für eine Bestandsaufnahme der Grundschulsituation im Schuljahr 2015/2016.

Ergebnisse: Darstellung, Analyse und Bewertung

1. Gesamtbewertung

Die landesweite Befragung der rheinland-pfälzischen Grundschulen zeigt, dass sich die überwiegende Mehrheit der Schulen und der Schulleitungen mit den hohen pädagogischen und schulpolitischen Anforderungen an diese Schulart identifiziert. Sie sehen ihre Gesamtsituation „alles in allem“ positiv. Kritisch sieht ihre Situation ein knappes Drittel (ca. 30 %).

Zugleich legt die Umfrage die erheblichen Mängel offen, die in die Arbeit der Grundschulen eingreifen und die Leistungsfähigkeit beeinträchtigen. Sie zeigt auf, was an den Grundschulen 2016 läuft und was nicht. Noch immer wirkt nach, dass die Organisationsform der Grundschule als Volle Halbtagsschule im Rahmen eines Sparkonzepts entwickelt wurde (KOSI 2010).

Die positive Gesamtbewertung und die Klage über eine Vielzahl von Mängeln bilden keinen Widerspruch. Die Erklärung liegt in einer hohen Identifikation der Grundschulen bzw. der Grundschulkollegien mit ihrer pädagogischen Aufgabe. An den Schulen herrscht unter den Kollegien ein hohes Qualitätsbewusstsein und ein professionelles Selbstverständnis – trotz der erheblichen Defizite, durch die die Arbeit an den Grundschulen im Schuljahr 2015/2016 gekennzeichnet ist.

2. Strukturdaten und Versorgung

2.1 Defizitär und ungleich verteilt: Unterrichtsversorgung als Mängelverwaltung

57 % der Schulen geben an, dass bei der Zuweisung der Lehrerwochenstunden der Ist-Wert vom Soll-Wert abweicht. Die negative Abweichung beträgt im Durchschnitt 2,6 %. Das entspricht insgesamt einem Defizit von 5.000 Lehrerwochenstunden bzw. rechnerisch einem Mangel von ca. 200 Lehrerstellen.

Dabei gibt es an einzelnen Schulen extreme Minuswerte von 5 % bis zu 30 %. Das führt an diesen Schulen zu gleichermaßen extremen Situationen bis hin zu geplantem Unterrichtsausfall. Dies widerspricht den Zielen der Vollen Halbtagsschule, für die – als besonderes strukturelles Merkmal dieser Organisationsform der Grundschule – gegenüber den Eltern (und Schülerinnen bzw. Schülern) eine Unterrichtsgarantie gilt. Die schulpolitischen und pädagogischen Vorgaben der Grundschulordnung (Schwerpunkt individuelle Förderung) sowie der Leitlinien für die Grundschulen sind damit für einen großen Teil der Grundschulen in Rheinland-Pfalz nicht realisierbar.

Andererseits geben einige Schulen (insgesamt 38, entsprechend 9 %) eine Abweichung der Unterrichtsversorgung „nach oben“ an. Im Schnitt liegt diese Abweichung ins Positive bei 2 %, dadurch kann jedoch das Defizit an den Schulen mit Mangelversorgung keinesfalls ausgeglichen werden.

Festzuhalten ist: Die Unterrichtsversorgung an den Grundschulen in Rheinland-Pfalz ist defizitär und sie ist zudem ungleich verteilt.

Ein Grund dieser Ungleichverteilung liegt an der Vielzahl der Schulstandorte und der (z. T. geringen) Größe der Schulen. Diese Organisationsstruktur wiederum hat ihre Ursache darin, dass die Grundschule – wie der Name sagt – die schulische Grundversorgung in unserem Land sichern soll, was ein dichtes Versorgungsnetz und ggf. Ausgleichsmaßnahmen zur Funktionssicherung erfordert.

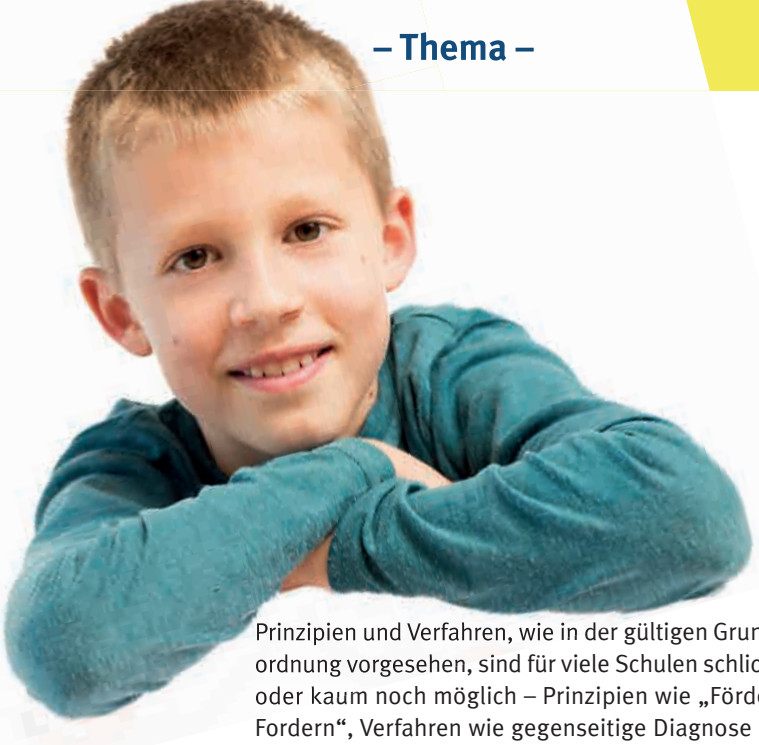
2.2 Feuerwehr – faktisch nicht einsatzbereit

Die Landesregierung hat hierfür eine „Lehrerfeuerwehr“ geschaffen. Das sind Lehrkräfte, deren Aufgabe es ist, bei kurzfristig auftretendem Unterrichtsausfall einzuspringen und dadurch die Unterrichtsversorgung zu sichern. Die Umfrage zeigt, dass 80 % der Schulen nicht auf diese Feuerwehrlehrkräfte zurückgreifen können. Sie müssen sich also selber helfen – auf die eine oder andere Art (Klassenzusammenlegungen, Klassenaufteilungen und Unterrichtsausfall).

Eine Ursache für diese Situation ist, dass die Vorgaben für die Unterrichtversorgung von Beginn an viel zu knapp bemessen sind, sodass Feuerwehrlehrkräfte für längerfristigen Unterrichtsausfall eingesetzt werden. Sie fallen damit für ihre eigentliche Aufgabe aus. Von einer funktionsfähigen Lehrerreserve im Sinne einer „Lehrerfeuerwehr“ kann also in Rheinland-Pfalz keine Rede sein. Die Schulen werden mit ihrer Notsituation alleingelassen.

2.3 Förderunterricht – Luxus für wenige

Unter der Mangelsituation leiden zuallererst pädagogische Programme und Angebote, die sich im Personalbedarf niederschlagen, mit denen aber immer wieder die Güte des Bildungsangebots beworben wird. Die Kinder sollen dort „abgeholt“ werden, wo sie stehen; dieser in Rheinland-Pfalz gültige Grundsatz pädagogischer Förderung ist laut Umfrage nur einem Viertel der Schulen möglich, ca. 75 % können nicht in ausreichendem Maß Förderunterricht anbieten.



Prinzipien und Verfahren, wie in der gültigen Grundschulordnung vorgesehen, sind für viele Schulen schlicht nicht oder kaum noch möglich – Prinzipien wie „Fördern und Fordern“, Verfahren wie gegenseitige Diagnose und gegenseitige Hospitation im Kollegium, Methoden wie das Teamteaching. Qualitätsprogramme, die noch vor einigen Jahren im Zentrum der Grundschularbeit standen, werden ad acta gelegt – eine sinnvolle Rückmeldung hierzu hat es ohnehin nie gegeben. Wie unter diesen Rahmenbedingungen die so dringlich und konsequent erforderliche Integration von Flüchtlingskindern gelingen soll, ist weitgehend unklar.

2.4 Aus Anspruch wird Wirklichkeit – nur durch ein Versorgungs-Upgrade

Die Unterrichtsversorgung an den rheinland-pfälzischen Grundschulen lässt sich nur zuverlässig aufrechterhalten – insbesondere mit Vollen Halbtagsschulen, die den Eltern anders als die übrigen Schularten feste Öffnungszeiten und eine Unterrichtsgarantie bieten –, wenn bei der Unterrichtsversorgung Ausgleichswerte einbezogen werden, und zwar Ausgleichswerte für regionale Unterschiede, für Mangelsituationen aus aktuellen Gründen (wie Krankheit etc.) und für besondere pädagogische Aufgabenstellungen (Inklusion, Migration etc.).

Vor diesem Hintergrund geht der VBE davon aus, dass zur Sicherung einer qualitativ hochwertigen Grundschulbildung in Rheinland-Pfalz ein (positiver) Ausgleichswert von 10 % notwendig ist, bezogen auf die jetzt gültigen Versorgungsparameter. Das heißt, die Grundschulen in unserem Land benötigen eine strukturelle Unterrichtsversorgung von 110 %, um den schulpolitisch gestellten Anspruch einlösen und eine verlässliche Grundlage für die weiteren Bildungswege aller Schülerinnen und Schüler bieten zu können. Daraus resultiert ein zusätzlicher Lehrkräftebedarf von (rechnerisch) ca. 1.000 Stellen.

Außerdem benötigen auch Grundschulen – wie die übrigen Schularten – die sogenannte „Drittelpauschale“, um auf veränderte Situationen bei Organisation und Versorgung flexibel reagieren zu können (Anzahl der Vollzeitlehrerstellen geteilt durch drei ergibt Umfang der Pauschale).

2.5 Zeitarbeit an Grundschulen – pädagogisches Engagement ohne Perspektiven?

An den Grundschulen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, werden nahezu 7.000 Lehrerwochenstunden auf der Grundlage befristeter Arbeitsverträge erteilt. Das entspricht – hochgerechnet auf alle Grundschulen – ca. 650 Vollzeitlehrerstellen.

An nahezu jeder zweiten Schule sind Lehrkräfte mit befristetem Arbeitsvertrag tätig, von wenigen Wochen bis zu einem Jahr. Das bedeutet, dass die Unterrichtsversorgung, so wie sie ist, nur durch die Vergabe von Zeitverträgen gesichert werden kann. Die Landesregierung wird durch diese Vielzahl von befristeten Zeitarbeitsverträgen – nicht nur im Bereich der Grundschulen – quasi zur größten Zeitarbeitsfirma des Landes. Dieser Umstand kontrastiert deutlich zur ansonsten von der Landesregierung vorgetragenen Haltung zur Problematik von Zeitarbeit.

Befristete Arbeitsverträge werden im Schulbereich nicht nur, aber insbesondere Berufseinsteigern angeboten. Die unzureichende berufliche Perspektive dient weder der professionellen Motivation noch einer pädagogischen Nachhaltigkeit des Unterrichts (der gerade im Bereich der Grundschulen eine Bindung von mehreren Jahren voraussetzt).

Befristete Arbeitsverträge führen überdies zu einer Fluktuation über Landesgrenzen hinweg, gerade nach der Föderalismusreform. Das ist häufig ein zusätzliches Versorgungsproblem in Grenzregionen. Folgen sind nicht selten zu Schuljahresbeginn eskalierende Situationen, wenn befristet eingestellte Lehrkräfte kurzfristig in ein anderes Bundesland abwandern, da sie dort eine Planstelle erhalten haben.

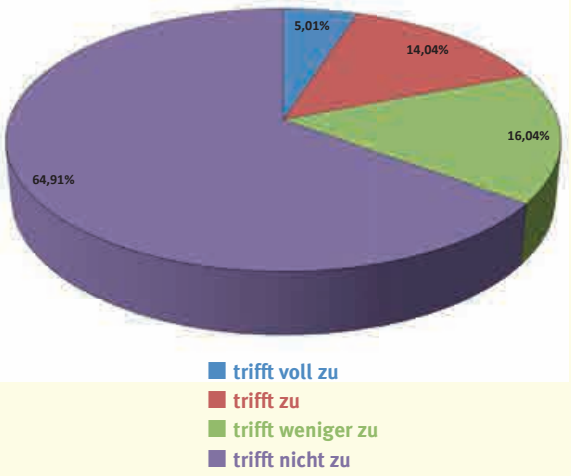
Der VBE sieht in dem plan- und regelmäßigen Einsatz von zeitlich befristeten Verträgen an den Schulen einen Missbrauch in der Regulierung des Lehrerarbeitsmarktes, vor allem aber ein pädagogisch völlig unzureichendes Konzept zur Deckung der Unterrichtsversorgung. Davon profitiert nur die Statistik.

3. Pädagogische Parameter

3.1 Absenkung der Klassengröße – kein Allheilmittel

An den rheinland-pfälzischen Grundschulen gilt mittlerweile für alle Klassenstufen eine Klassenmesszahl von 24 Schülerinnen bzw. Schülern. Größer darf also keine Klasse sein. Diese für die pädagogische Arbeit wichtige Bezugsgröße wird von über 90 % der Schulen eingehalten, an den an der Umfrage beteiligten Schulen waren lediglich 50 Klassen größer, hochgerechnet sind das 1,6 % der Grundschulklassen. Auch Klassen, in die Flüchtlingskinder aufgenommen wurden, sind in der Regel (zu 94 %) nicht größer.

Unsere Schule kann zurzeit zur Vermeidung von kurzfristigem Unterrichtsausfall auf eine Feuerwehrlehrkraft zurückgreifen



Die stufenweise Absenkung der Klassengrößen von ehemals 30 Schülerinnen bzw. Schülern hat die Landesregierung als großen schulpolitischen Erfolg bezeichnet, wenngleich diese Entwicklung auch sehr von der demografischen Entwicklung – quasi wie von selbst – beeinflusst wurde. Im Ländervergleich hat Rheinland-Pfalz zurzeit mit einer durchschnittlichen Klassengröße von 18,3 Schülerinnen bzw. Schülern den besten Wert (Länderdurchschnitt 20,7; Quelle: KMK 2015).

In der Tat wirkt sich die Absenkung der Klassengröße positiv auf die pädagogische Arbeit an Grundschulen aus. Ohne diese wäre individuelle Förderung, wie sie von der Grundschulordnung vorgesehen wird, noch weniger möglich. Allerdings kann die Klassengröße 24 nicht auf Dauer als Argument für neue bzw. weitere Aufgabenstellungen herhalten, die an die Grundschulen herangetragen werden. Die Klassengröße ist ein wichtiger Parameter, aber eben nur einer.

Es muss das Ziel der rheinland-pfälzischen Grundschulpolitik sein, die Klassengröße weiter den veränderten gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen (u. a. Individualisierung des Lernens, Inklusion, Integration von Migranten, Anforderungen der weiterführenden Schulen). Mittelfristig muss deshalb eine Klassengröße von maximal 20 Schülerinnen und Schülern angestrebt werden, gerade auch an großen Grundschulen im urbanen Umfeld.

3.2 Schulleitung – verbreitet N.N.

Knapp 12 % der Schulleitungsstellen an den rheinland-pfälzischen Grundschulen sind nicht besetzt. Fast

Herzliche Bitte: Ihre Praxiserfahrung ist gefragt!

Die Grundschulumfrage des VBE-Rheinland-Pfalz hat dank der Mithilfe vieler Grundschulen des Landes zahlreiche Ergebnisse und wichtige Erkenntnisse hervorgebracht. Den beteiligten Schulen sowie den Kolleginnen und Kollegen dankt der VBE herzlich für ihr Engagement und ihre Mühe.

Durch die hohe Rücklaufquote von 43 % kann sich der VBE nun um so mehr für eine Verbesserung der Grundschulsituation, eine Aufwertung der Grundschulen insgesamt und die berechtigten Interessen der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer einsetzen.

Viele Schulen haben dem VBE ergänzend zum Fragebogen zusätzliche Berichte aus ihrer täglichen Praxis geliefert und die Probleme vor Ort im Einzelfall deutlich beschrieben. Wir wollen allerdings diese Schilderungen nicht ohne Weiteres veröffentlichen, weil dadurch die Anonymität der Auswertung unterlaufen werden könnte.

Gleichwohl wollen wir allen Schulen sowie den Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit bieten, Praxiserfahrungen aus der alltäglichen Grundschularbeit exemplarisch zu schildern. Denn die Bedeutung statistischer Zahlen wird durch konkrete Fallbeispiele noch authentischer und hilft, den politischen Entscheidungsträgern, die tatsächliche Situation deutlicher zu machen.

Schreiben Sie uns, wo und wie Sie an Ihrer Grundschule der Schuh drückt. Teilen Sie uns Ihre Sorgen und Probleme mit, die gerade an Ihrer Schule Ihre Arbeit einschränken. Oder schreiben Sie uns, was besonders gut läuft. Wir kümmern uns um die schulpolitische Resonanz.

Ihr Beitrag sollte sich thematisch auf einen der Schwerpunkte unserer Umfrage beziehen: u. a. Sprachförderung, Inklusion, Unterrichtsversorgung, Schulleiterbesetzung oder individuelle Förderung. 5.000 Zeichen (inklusive Leertasten) sollten nach Möglichkeit ausreichen. Selbstverständlich wird Ihr Text auf Wunsch anonymisiert.

Gern veröffentlichen wir Ihren Beitrag in einer der nächsten Ausgaben dieser Zeitschrift, je nachdem, wann wir Ihren Text erhalten. Unsere Adresse: rps@vbe-rp.de. Als kleines Dankeschön verlosen wir unter den ersten zwanzig Einsendern 3x3 Flaschen besten Weines aus rheinland-pfälzischen Lagen (Rechtsweg ausgeschlossen).

Schon jetzt danken wir herzlich für Ihr Engagement. Wir sind gespannt auf Ihren Bericht aus dem Alltag unserer Grundschulen.

Lars Lamowski
Grundschulreferent
des VBE Rheinland-Pfalz

die Hälfte der unbesetzten Stellen sind länger als ein Jahr vakant. Zudem fehlen vielerorts die Bewerber/-innen, eine „Bestenauswahl“ für diese wichtigen Funktionsstellen pädagogischer Führung ist zurzeit nicht möglich.

Eine gute Schulentwicklung ist ohne engagierte Schulleitung nicht realisierbar. Von dieser hängt zudem unmittelbar die Qualitäts- und Leistungsentwicklung an den Schulen ab. Der Landesregierung ist diese prekäre Situation seit Langem bekannt. Dennoch unternimmt sie viel zu wenig, um für die Wahrnehmung von pädagogischen Führungsaufgaben zu werben, und sie passt die Konditionen der Schulleitungen auch den veränderten Bedürfnissen nicht an.

Es ist wie in anderen Bereichen des Schulwesens auch: Pädagogische Reformen werden durchgeführt, die beruflichen Rahmenbedingungen der Handelnden lässt man beim alten. Dies führt auf Dauer zu einer wachsenden Differenz zwischen Aufgabenstellung und beruflichem Status und widerspricht jeglichem Anreizsystem für die Übernahme von Führungsaufgaben. Folgen sind eine mangelhafte Bewerbersituation und die Auswahl ungeeigneter Bewerber, zum Nachteil der Schülerinnen und Schüler.

Der VBE fordert deshalb – neben der besseren fachlichen Qualifizierung – deutlich attraktivere Rahmenbedingungen für Funktionen in der Schulleitung, eine Besoldung von mindestens A 14 aufsteigend, einen Ausbau der Funktionsstunden im Rahmen des Deputats und den Ausbau der Funktionsstrukturen an Schulen mit besonderen Schwerpunkten (z. B. eine obligatorische Konrektorenstelle an Ganztags-Grundschulen und Schwerpunktschulen).

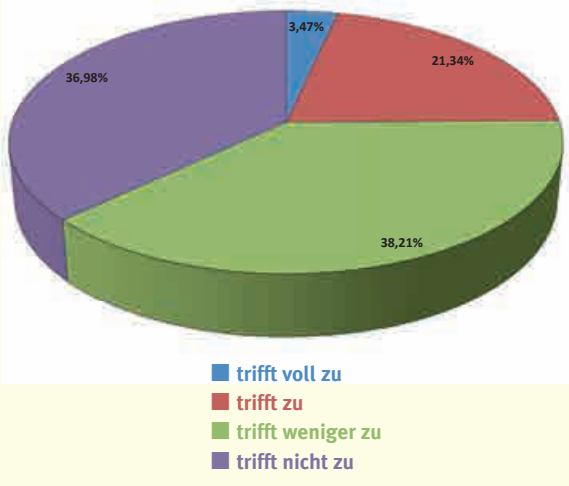
3.3 Ausstattungen – stabile Möbel, alte Computer, Sekretärinnen „auf Besuch“

65 % der Grundschulen geben an, hinsichtlich der Räumlichkeiten und des Mobiliars gut ausgestattet zu sein. Sie stellen damit ihren Schulträgern ein vergleichsweise günstiges Zeugnis aus, wenngleich damit andererseits ein Drittel der Schulen schlechte Ausstattungen bemängelt. Ein noch höherer positiver Wert wird bei den Lehr- und Lernmitteln erreicht (u. a. Musikinstrumente, Sportgeräte), knapp 80 % geben gute Bedingungen an. Offensichtlich ist den meisten Schulträgern eine gute Ausstattung der örtlichen Schule wichtig. Darin zeigt sich auch ein hohes Maß an Identifikation.

„Durchwachsen“ ist das Ergebnis bei der zeitgemäßen Ausstattung mit modernen Medien (Computer, Beamer, elektronische Tafeln, Lernsoftware ...). Knapp die Hälfte der Schulen reklamiert Rückstände, angesichts der zunehmenden Bedeutung elektronischer Medien in unserer Lebens- und Arbeitswelt sicher problematisch. Dadurch hinken die Grundschulen nicht nur der technischen Entwicklung hinterher; es wird auch immer schwieriger, die durchaus positiven didaktischen Möglichkeiten elektronischer Medien – z. B. bei der individuellen Förderung – einzusetzen.

Ein „Dauerbrenner“ bei den Ausstattungsmängeln sind die Sekretariatsstunden. Knapp 60 % der Schulen geben eine Mangelsituation an. An vielen Grundschulen ist eine Schulsekretärin nur an wenigen Tagen tätig, sozusagen ein gern gesehener oder heiß erwarteter „Besuch“. Eine Folge ist, dass Schulleitungen mehr Zeit in die Bewältigung von Verwaltungsaufgaben stecken müssen und damit weniger in die Entwicklung des pädagogischen Programms der Schule – ein klassischer Fall von Missmanagement. So geht wichtige Zeit für die Qualitätsförderung verloren und Sekretariatsarbeit wird richtig teuer.

Unsere Schule kann ausreichend Förderunterricht anbieten, um alle Kinder da abzuholen, wo sie stehen



Aus Sicht des VBE muss es Ziel einer umfassenden Grundschulpolitik sein, gleich gute Lernbedingungen an allen Grundschulen zu schaffen. Ein Gefälle zwischen gut ausgestatteten und weniger gut ausgestatten Schulen hat einen ähnlichen Effekt wie der vielfach beklagte Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Lernerfolg unter den Schülerinnen und Schülern.

Das bedeutet auch, dass die Normen für die Ausstattung der Grundschulen den gesellschaftlichen und technischen Veränderungen angepasst werden müssen. Außerdem muss eine tägliche Besetzung der Schulsekretariate aller Grundschulen gesichert werden, allein schon aus Gründen der Sicherheit. Hierfür muss die Landesregierung mit den Schulträgern bzw. den kommunalen Spitzenverbänden die Voraussetzungen schaffen.

4. Schulpolitische Entwicklungen

4.1 Inklusion – mehr als ein Versuch?

Die Verwirklichung eines inklusiven Schulsystems in Rheinland-Pfalz ist nicht nur ein zentrales bildungspolitisches Ziel der Landesregierung, Inklusion durchzieht mittlerweile auch das Schulgesetz wie ein roter Faden. Selbst die Herstellung inklusiver Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer ist hierzulande mittlerweile qua Gesetz geregelt. Mit diesem bildungspolitischen Anspruch kontrastieren allerdings die schulischen Realitäten:

- 51 % der Schwerpunkt-Grundschulen geben an, nicht angemessen mit Förderlehrerwochenstunden versorgt zu werden.
- 20 % der als Förderlehrer tätigen Lehrkräfte sind gar nicht in diesem Fachgebiet ausgebildet.
- 55 % der Schulen geben an, weder räumlich noch sachlich entsprechend den Behinderungen der Kinder ausgestattet zu sein.
- 57 % der Grundschulen bemängeln, dass die integrierte Förderung nicht in einem ausreichenden zeitlichen Umfang stattfindet.

Die Herstellung eines inklusiven Schulsystems mit freiem Wahlrecht der Eltern – auch wenn dieses faktisch auf eine Wahl zwischen Förder- und Schwerpunktschule reduziert ist – erfordert einen hohen Aufwand entsprechender Mittel. Mit einer Gesetzesänderung, 200 zusätzlichen Lehrkräften und der Umwandlung einiger Förderschulen in Förder- und Beratungszentren ist es nicht getan.
Ein besonderes Problem für die Grundschulen ist in diesem Zusammenhang der Abbau der integrierten Förderung nach § 29 der Grundschulordnung, einer besonderen Förderung beeinträchtigter Kinder durch Förderschullehrkräfte an Grundschulen. Im Zuge des Aufbaus der Förder- und Beratungszentren soll es zu Kompetenzverlagerungen auf diese Zentren kommen.

Faktisch findet aber eine Gegenfinanzierung statt, indem durch den Abbau der integrierten Förderung der Aufbau der Förder- und Beratungszentren ermöglicht wird. Dies schmälert die inklusiven Möglichkeiten der Grundschulen erheblich.

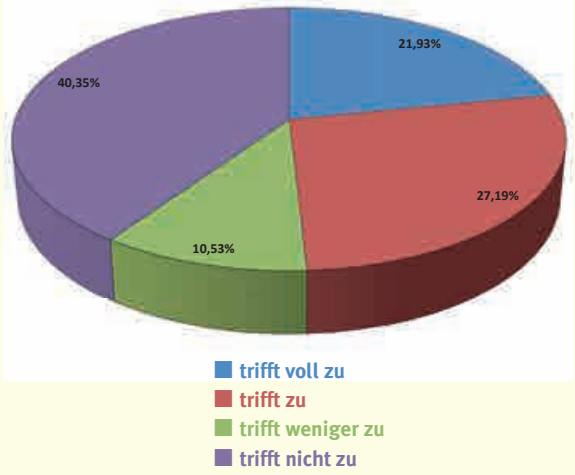
Der VBE kann nur feststellen: Wenn sich die Landesregierung der Herausforderung Inklusion gestellt hat, dann muss sie dafür auch die Grundlagen schaffen und Ressourcen bereitstellen. Appelle an die Beteiligten reichen nicht aus. Das bedeutet, dass zumindest an den im Grundschulbereich existierenden Schwerpunktschulen die materiellen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, ansonsten wird die Inklusion zur Farce. Sie geht zulasten der Kinder und Jugendlichen, für die sie konzipiert wurde.

Darüber hinaus müssen durch die Inklusion die Schulbaurichtlinien auf Barrierefreiheit hin angelegt werden. Durch die nach wie vor veralteten Richtlinien sind Schulträger nicht verpflichtet, Schulen behindertengerecht auszugestalten.

4.2 Integration von Kindern mit Migrationshintergrund – noch nicht angekommen

Vor ca. einem Jahr hat das rheinland-pfälzische Bildungsministerium ein erstes – viel versprechendes – Konzept zur Integration von Kindern und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien vorgelegt. Bereits zur Jahresmitte waren dessen Eckdaten überholt. Zum Beginn des Schuljahres 2015/2016 drängte sich der Eindruck auf, als sei die rheinland-pfälzische Landesregierung nicht ausreichend auf die Zuwanderung vorbereitet. Dies drückt sich auch in den entsprechenden Umfragewerten aus:

Die Flüchtlingskinder der Schule erhalten Sprachintensivkurse (nur ankreuzen, falls Flüchtlingskinder unterrichtet werden)



- Über 50 % der Flüchtlingskinder erhalten nicht die angekündigten Sprachintensivkurse.
- Die Leitungen der Sprachintensivkurse haben häufig nicht die nötige Qualifikation (ca. 50 %).
- Über 90 % der Grundschulen geben an, dass sie keinerlei externe Unterstützung beim Umgang mit traumatisierten Kindern erhalten.
- An den Runden Tischen hinsichtlich der Flüchtlingssituation, die ein zentrales Element des Maßnahmenpaketes der Landesregierung darstellen, nehmen über 50 % der Schulen gar nicht teil.

Um die Möglichkeiten der Kinder und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien zu verbessern oder überhaupt zu ermöglichen, hat der VBE einen Zehn-Punkte-Katalog vorgeschlagen; er umfasst:

1. Aufstockung der Vertragsmittel für Deutschintensivkurse;
2. Bereitstellung zusätzlicher Lehrerwochenstunden für die Sprachförderung;
3. Prioritätensetzung kulturelle Integration;
4. Ausbau der Feriensprachkurse und Hausaufgabenhilfen;
5. Versorgung der Erstaufnahmeeinrichtungen mit Lehrkräften;
6. neue Organisationsstrukturen durch neue Koordination der Integrationshilfen;
7. Runde Tische wirklich „rund“ machen;
8. Personalressourcen sichern und Universitäten einbinden;
9. Zertifizierungsmöglichkeiten für erworbene Sprachkenntnisse schaffen;
10. Herkunftssprachen stärken.

Der VBE fordert von der Landesregierung, das eigene Konzept zur Integration von Flüchtlingskindern auf diesen Katalog zu erweitern. Die Sprachförderung hat dabei sicher einen herausragenden Stellenwert.

Aber es geht um mehr, nämlich um eine kulturelle Integration und die Vermittlung, Verinnerlichung und Anwendung unserer gesellschaftlichen Grundregeln, die auf den allgemeinen Grundrechten unserer Verfassung beruhen.

Schlussbemerkung

Die landesweite Befragung der rheinland-pfälzischen Grundschulen hat gezeigt, dass sich die überwiegende Mehrheit der Schulen und der Schulleitungen mit den hohen pädagogischen und schulpolitischen Anforderungen an diese Schulart identifiziert. An den Schulen herrscht unter den Kollegien ein hohes Qualitätsbewusstsein und ein professionelles Selbstverständnis.

Zugleich hat die Umfrage die erheblichen Mängel offengelegt, die in die Arbeit der Grundschulen eingreifen und die Leistungsfähigkeit beeinträchtigen. Sie zeigt auf, was an den Grundschulen 2016 läuft und was nicht. Noch immer wirkt nach, dass die Organisationsform der Grundschule als Volle Halbtagsschule im Rahmen eines Sparkonzepts entwickelt wurde (KOSI 2010).

Unter dem Eindruck der aktuellen und absehbaren gesellschaftlichen Entwicklungen wird deutlicher als je zuvor, welche fundamentale Bedeutung eine umfassende Grundbildung für die Zukunft einer demokratischen Gesellschaft und die Sicherung unseres sozialen Wohlstandes hat.

Jetzt muss endlich die Chance genutzt werden, Grundschulpolitik als sozio-ökonomische Investition anzusehen, die in ihrer Bedeutung keiner anderen Schulart nachstehen darf. Das bedeutet auch, die Ressourcen für die Grundschülerinnen und Grundschüler, die nach wie vor die für den Landeshaushalt mit deutlichem Abstand „billigsten“ Schüler sind, auszubauen.

Der VBE Rheinland-Pfalz sieht darin eine zentrale Aufgabe der neuen rheinland-pfälzischen Landesregierung.

Gerade auch deshalb hat der VBE Rheinland-Pfalz seine Grundschulkampagne 2016 unter dem Motto gestartet:

Lars Lamonski
Llamonski@vbe-rp.de

Perspektivenwechsel – Gedanken eines Grundschülers

Offener Beginn … was soll ich da nochmal machen? Egal, ich guck mal, was Peter da drüben hat. Sieht aus wie ein Auto … o. k., ich geh ja schon wieder auf meinen Platz. Aber was soll ich jetzt machen? Steht das irgendwo an der Tafel? Da stehen die Dienste, da die Hausaufgaben, daneben die Hausaufgaben für Susi und Herbert, da hängt die Fleißraupe, die Wetterampel (oh Mist, ich stehe schon auf Wolke!), dort hinten sind die Aufgaben, für die, die immer so schnell fertig sind, … Tina arbeitet in ihrem Leseheft, das mach ich jetzt einfach auch.

Offener Beginn schon vorbei? Begrüßung? Super hingekriegt! Aufstehen … Guuuuuten Moooorgeeeen, Frau Müllaaaaa!

Hinsetzen … ui, heute lernen wir Nomen kennen … frag mich, wie der so drauf ist….und außerdem, wann gibt's eigentlich Frühstück? Wo ist denn jetzt dieser Nomen? Ich glaub, ich geh mal aufs Klo. Warum meckert die? Wenn man muss, dann muss man.

Frühstück! Cool, ich hab Schulobstdienst! Jetzt kann ich wieder mit Sören durchs Treppenhaus rennen. Hoffentlich sind nicht wieder Möhrchen in der Kiste!

Aha, Frau Schmidt-Maier! Wieso ist die wohl nur so selten bei uns? Nimmt sie heute Susi und Herbert mit oder bleibt sie in der Klasse? Die soll ruhig mal hier bleiben. Hilfe kann ich auch mal gebrauchen. Und wieso dürfen Susi und Herbert immer so leichte Sachen machen? Das ist voll unfair! Was? Frühstück schon wieder vorbei? Naja, macht nichts, dann ist ja bald Hofpause.

Oh, nein! Kein Arbeitsblatt! Kaaaannst duuu miiiir helfeeeeen?! Das soll ich erst mal alleine versuchen? Wofür seid ihr denn da? Das sagt ihr doch nur, damit ihr in Ruhe quatschen könnt … über wen reden die? Schauen die mich an? Die kucken ganz ernst und nicken? Was soll das denn heißen? Ich schreib lieber was … Boah, Kevin, der Streber, ist schon fertig. Jetzt kriegt er wieder einen Punkt an der Fleißraupe. Der hat schon seinen dritten Hausaufgabengutschein erarbeitet dieses Jahr! Wieso muss der keine Hausaufgaben machen, wenn er doch sowieso immer so schnell fertig ist? Ach, Fleißraupe und Hausaufgabengutschein – wer braucht das schon. Dem Angeber zieh ich in der Pause die Mütze ins Gesicht … genau. Das hat er dann davon.

Oh, nee Zusatzaufgabe. Ich hätte warten sollen bis die Pausenaufsicht sich wegdreht. Jetzt noch Mathe. Das kann ich wenigstens. Hausaufgaben aufschreiben. Das wird wieder ein Nachmittag. Hausaufgabe in Mathe und Deutsch, Trödelaufgabe und Zusatz!

Zum Glück ist jetzt noch Sport. Das entschädigt! Vielleicht spielen wir heute endlich mal Fußball! Oh nee, wie lange brauchen die denn schon wieder, um sich umzuziehen! Ah, endlich. Kooperationsspiele? Was soll das denn sein? Ich will Fußball spielen! Jetzt muss ich wieder jedem die Hand geben. Wir sind also alle Gewinner … jetzt darf ich noch nicht mal im Sport besser sein als die Deutschstreber. Da sind wir auch nicht alle Gewinner. Unfair. Morgen komm ich nicht mehr.

Bei dem Versuch einen Schultag durch die Brille eines Schülers zu sehen, wird einem schnell klar, vor welche Herausforderungen wir die Schülerinnen und Schüler bei der Bewältigung unserer eigenen Herausforderungen stellen. Hin und wieder die Perspektive zu wechseln, kann helfen, die eigene Arbeit kritisch zu hinterfragen. Nur durch regelmäßige Reflexion unserer Tätigkeit können wir dem Anspruch ansatzweise gerecht werden, mit den gegebenen Rahmenbedingungen die bestmögliche Förderung für alle Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten.

Manuela Noll-Hussong,
Junger VBE Rheinland-Pfalz
manuela.noll-hussong@web.de

Perspektivenwechsel in der Bildungspolitik?

VBE-Landeskonferenz in Mainz

Der VBE Rheinland-Pfalz veranstaltete im Vorfeld der diesjährigen Landtagswahl in Mainz am 02. März 2016 eine VBE-Landeskonferenz, um möglichst vielen Kolleginnen und Kollegen die Gelegenheit zu bieten, aktuelle bildungspolitische Fragen mit verantwortlichen Politikerinnen und Politikern zu erörtern. Ca. 100 Kolleginnen und Kollegen aus den Schulen und den VBE-Gremien trafen sich im Bildungszentrum Erbacher Hof.

Am Vormittag stellte sich die bisherige rheinland-pfälzische Bildungsministerin Vera Reiß den Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie skizzierte die Grundlagen der von ihr verantworteten Schulpolitik und zeigte sich bilanzierend – wenn auch nicht alles Gold sei, was glänze – mit der Bilanz ihrer Arbeit durchaus zufrieden. Folglich hakten zahlreiche Kolleginnen und Kollegen kritisch nach.

Im Rahmen eines schulpolitischen Hearings am Nachmittag konnten Landtagskandidatinnen und Landtagskandidaten über ihre bildungspolitischen Vorstellungen und Vorhaben im Einzelnen befragt werden – als Informationen aus erster Hand. Der Einladung des VBE waren gefolgt:

- Bettina Brück (SPD)
- Bettina Dickes (CDU)
- Ruth Ratter (Bündnis 90/Die Grünen)
- Tupac Orellana (Die Linke)
- Dr. Volker Wissing (FDP)

Unter der Leitung der versierten freien Journalistin Gisela Kirschstein entwickelte sich eine angeregte und lebhafte Diskussion über die Zukunft der rheinland-pfälzischen Schulpolitik – von „Alles bleibt, wie es ist“ bis zu „Alles wird anders“, von der Restauration bis zum einheitlichen Schulsystem. Viele Kolleginnen und Kollegen nahmen die Gelegenheit wahr, die Positionen und Versprechungen der Landtagskandidaten auf Herz und Nieren zu prüfen.

Was wird davon bleiben? Welche Gestaltungsräume bestehen tatsächlich? Das wird sich in den Koalitionsverhandlungen erweisen. Dann wird wirklich geprüft, was geht. Auch vom VBE.

RED

Perspektiven nach der Wahl 2016?

Auszug aus dem Statement des VBE-Landesvorsitzender Gerhard Bold

„ … die neue Landesregierung wird viel zu tun haben. Ein einfaches „Weiter so“ – das geht nicht.

Das geht vor allem auch nicht bei dem zurzeit alles andere dominierenden Thema: Ich meine die Integration der vielen Kinder und Jugendlichen aus Flüchtlings- und Vertriebenenfamilien.

Die soziale Integration der Flüchtlingskinder und ihrer Familien ist eine schulpolitische Herausforderung neuer Dimension, dessen sind wir uns völlig bewusst. Hier verschmelzen pädagogische, soziale und wirtschaftliche Dimensionen des Heranwachsens in einer für die Kinder neuen Welt, mit zum Teil traumatischen Erfahrungen der unmittelbaren Existenzbedrohung im Kopf. Es ging um Leib und Leben.

Diese gesellschaftliche Herausforderung hat gerade erst begonnen, sie wird unseren Schulalltag weiter bestimmen. Und damit auch die Schulpolitik einer neuen Landesregierung, wer immer sie stellen mag.

Der VBE Rheinland-Pfalz bietet hierzu seine Hilfe und Unterstützung an, wie in der Vergangenheit. Einig sind wir uns mit der Regierung nicht immer in den Methoden. Aber ich denke doch in dem Ziel, soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

Dann zeigt der VBE, was er von sozialer Gerechtigkeit hält. Und wozu Lehrerinnen und Lehrer in der Lage sind. Dafür gebührt ihnen uneingeschränkte Wertschätzung in dieser Gesellschaft …

… Deutschland wähnte sich früher stets auf einem Spitzenplatz in der Bildungspolitik. Seit PISA wissen wir: Wir waren eher Mittelmaß. Aber es ist einiges passiert.

Wenn wir wirklich – trotz aller Rückstände – Spitze werden wollen, dann gibt es nur eins: noch mehr investieren in Bildung, ohne Wenn und Aber.

Die sozial gerechte Schule ist unser Ziel. Die Zeiten, in denen sich diese Gesellschaft über ihr Schulwesen sozial sortiert, müssen zu Ende gehen.

Das ist die zentrale schulpolitische Vorgabe einer Landesregierung, wie wir sie uns vorstellen.
Denn Bildung ist unsere Zukunft.“

Kleiner Leitfaden für neu gewählte Personalratsmitglieder

„Aller Anfang ist (nicht) schwer!“ (Teil 25)

„Organisatorische und personalrechtliche Handreichungen für Schulleitungen und Lehrkräfte“: In regelmäßigen Abständen gibt die ADD ein Rundschreiben heraus, in dem sie wichtige rechtliche Sachverhalte erläutert; es soll versucht werden, „einschlägige Regelungen im Kontext häufig gestellter Fragen in einem Dokument zusammenzufassen und aktuell zu halten.“ Das Rundschreiben richtet sich an Schulleitungen und Lehrkräfte, natürlich auch an Örtliche Personalräte. Man hat allerdings den Eindruck, dass die angesprochenen Informationen bei Weitem nicht allen im Schuldienst befindlichen Personen bekannt sind. Das ist schade, denn viele Alltagsfragen, die an Schulen auftauchen, könnten sofort beantwortet werden.

In insgesamt 18 Kapiteln werden u. a. folgende Sachverhalte angesprochen: Regelung Dienstweg, Verfahren bei Erkrankungen und Unfällen sowie bei Heilkuren und Sanatoriumsaufenthalten, Urlaub und Arbeitsbefreiungen, unberechtigtes Fernbleiben vom Dienst, Abwesenheitsblätter, Teilzeitbeschäftigung und längerfristige Beurlaubungen, Genehmigung von Nebentätigkeiten, Informationen zu Spendensammlungen, Aufsichtspflicht vor und nach dem Sportunterricht, Regelung bei Dienstreisen, Personalaktenführung, Belehrung über das Infektionsschutzgesetz, Regelungen zur Integration und Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen, Kassenführung an Schulen, Ordnungsmaßnahmen an Schulen, Unterricht bei außergewöhnlichen wetterbedingten Umständen.

Ob die Schulleitung Personalratspost öffnen darf, wie der Umgang mit EPoS bzw. das Verfahren bei Krankmeldungen geregelt ist oder wie viele Tage jedem Personalratsmitglied für die Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen zur Verfügung stehen, kann problemlos dem Rundschreiben entnommen werden. Eine wichtige Informationsquelle für jeden Personalrat!

Mehr Informationen zu den hier angesprochenen Sachverhalten sind dem PR-Reader „Im Fluss der Daten – Gliederungspläne und der ÖPR“, I/2015, des VBE Rheinland-Pfalz zu entnehmen. Zu erhalten ist der Reader bei der VBE-Geschäftsstelle in Mainz (Preis € 6,00.- für Material, Porto und Versand).

Vorläufiger Gliederungsplan, Abgabe am 15.03.16: Ein für die Gestaltung des kommenden Schuljahres wichtiger Plan ist der sog. „Vorläufige Gliederungsplan“, der zu o. g. Datum an das Statistische Landesamt zu senden ist. Hier werden die für das nächste Schuljahr angemeldeten Schüler/-innen in ihrer Gesamtsumme bzw. nach Klassen(stufen) aufgelistet und so die Lehrerbedarfsstunden in ihrer Summe errechnet und bei der ADD angefordert.

Diese statistische Erfassung stellt die Berechnungsgrundlage für den Lehrerbedarf für das Schuljahr 2016/2017 dar. Deshalb ist der ÖPR hier besonders gefordert. Die gesetzliche Grundlage bildet der § 84 LPersVG, in dem es bei 1. heißt: „Die Dienststellenleitung hat mit dem Personalrat zu erörtern, die Personalplanung, die Personalanforderung einschließlich des geplanten Personalausgabenbudgets zum Haushaltsvoranschlag vor der Weiterleitung … „gibt der Personalrat einer nachgeordneten Dienststelle (darunter versteht man den ÖPR) zu den Personalanforderungen eine Stellungnahme ab, so ist diese mit den Personalanforderungen der übergeordneten Stelle vorzulegen.“ Das heißt also, dass die Schulleitung die Personalplanung mit dem ÖPR zu erörtern hat, vor der Weiterleitung an die ADD. Eine evtl. Stellungnahme des ÖPR ist dabei vorzulegen.

Die Schulleitung muss die gesamte Planung offenlegen, d. h. alle relevanten Tatbestände müssen dem ÖPR bekannt gemacht werden. Deshalb soll der ÖPR, der dem Gebot der Verschwiegenheit unterliegt, auch einen Abdruck aller Unterlagen einfordern, damit er sich in aller Ruhe (im Gremium) auf die Erörterung vorbereiten kann. Er kann sich somit selbstkritisch mit der Angelegenheit befassen und entstehende oder entstandene Fragen zur Klärung bringen.

Nach der Erörterung mit der Schulleitung hat der ÖPR die Möglichkeit des Überdenkens, bevor er durch seine Unterschrift zur Kenntnis gibt, ob der ihm vorgelegte „Vorläufige Gliederungsplan“ seines Erachtens korrekt ist oder ob wesentliche Dinge unberücksichtigt geblieben sind.

Weitere Informationen sind in den ab 29. Februar 2016 beginnenden Personalratsschulungen des VBE Rheinland-Pfalz zu erhalten; die genauen Termine können der Homepage des VBE (www.vbe-rp.de) entnommen werden.

Zusammengestellt von
Johannes Müller
j-mueller@vbe-rp.de

www.recht-fuer-lehrer.de

... das VBE-Rechtsberatungsangebot:
direkt, kompetent, umfassend!

Der VBE Rheinland-Pfalz bietet seinen Mitgliedern ein umfassendes Berufs- und Rechtsberatungsangebot.

Schwerpunkte sind u. a.:

- Verwaltungs- und Dienstrecht
- Beamten- und Tarifrecht
- Schul- und Personalvertretungsrecht
- Beihilferecht / Altersteilzeit / Pensionsberechnung

Telefonberatungszeiten unseres Justiziars Dominik Hoffmann:

Montag, 14:30–16:30 Uhr
Mittwoch, 11:00–12:30 Uhr
Donnerstag, 14:30–16:30 Uhr

Telefon 0 61 31 / 61 64 22

RA Dominik Hoffmann

Hund in der Schule

Was ist zu beachten, wenn ein Hund als Unterrichtsgegenstand und Besuch in die Schule kommt? Gibt es gesetzliche Vorschriften?

Der Unterricht mit Hund muss von der Schulleitung genehmigt werden, es ist zu prüfen, dass von dem Hund keine Gefahren ausgehen. Gesetzliche Vorschriften bestehen insoweit nicht.

Sportunterricht durch schwangere Lehrkraft

Eine schwangere Lehrkraft (2. Monat) an unserer Grundschule möchte nun keinen Sportunterricht mehr geben. Wie ist die Rechtslage?

Grundsätzlich ist es bei Einhaltung der Mutterschutzfristen sowie der Mutterschutzverordnung (für verbeamtete Lehrkräfte) möglich, auch in der Schwangerschaft Sportunterricht zu erteilen. Schutzzweck der Vorschriften ist die Rücksichtnahme auf die Schwangerschaft sowie der Abbau von schweren Belastungen, vgl. die beispielhaften Aufzählungen in § 3 MuSchVO. Schwangerschaften können jedoch sehr unterschiedlich verlaufen.

Wenn sich eine Lehrerin bis zum gesetzlichen Mutterschutztermin dazu in der Lage fühlt, kann sie auch Sportunterricht erteilen. Der Sportunterricht darf sicherlich den besonderen Umständen angepasst werden. Sollte sich die Lehrkraft aufgrund der Schwangerschaft aber nicht mehr in der Lage fühlen, den Sportunterricht zu erteilen (auch die Sicherheitsfrage ist abzuwägen), kann sie dies der Schulleitung anzeigen. Ein ärztliches Attest sollte dann vorgelegt werden, da es für Klarheit für die Lehrkraft und die Schulleitung sorgt. Sodann liegt eine Entscheidung auch nicht mehr im Ermessen der Schulleitung.

Themen von Klassenarbeiten und Umgang mit Stundenausfällen

Gibt es eine Verordnung zum Thema „Mitteilung der Themen einer Klassenarbeit“? Wie ist im Falle von vielen Unterrichtsausfällen bezüglich der Leistungsnachweise zu handeln?

Gemäß § 52 ÜSchO darf sich eine schriftliche Überprüfung höchstens auf die Unterrichtsinhalte der letzten zehn Unterrichtsstunden erstrecken. Insofern wissen die Schülerinnen und Schüler, was die Inhalte der Klassenarbeit sind. Die Termine der Klassen- oder Kursarbeiten und schriftlichen Überprüfungen werden mindestens eine Woche vorher bekannt gegeben.

Für den Umgang mit erheblichem Stundenausfall gibt es keine einheitlichen Vorgaben, im Einzelfall muss anhand der konkreten Situation eine Regelung getroffen werden. In diesem Zusammenhang bieten die §§ 50 (Grundlagen der Leistungsfeststellung und Leistungsbeurteilung) und 54 (Nicht erbrachte Leistungen) ÜSchO nützliche Hinweise.

Rechtsfrage des Monats

Leitung des Elternabends

Frage: Im Rahmen der Vorbereitungen des nächsten Elternabends kam der Klassenelternsprecher auf mich zu und fragte, ob die Versammlung von ihm geleitet werden müsste oder ob dies meine Aufgabe (Klassenleitung) ist. Wie ist die Rechtslage?

a) Die Klassenelternversammlung wird selbstverständlich von der Klassenleitung moderiert und geleitet. Die Klassenleitung weiß am besten Bescheid über die Themen und ist aufgrund der Unterrichtserfahrung bestens geeignet, um eine solche Versammlung zu leiten.

b) Konkrete rechtliche Vorgaben hierzu gibt es nicht. Im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit steht es den Beteiligten frei, eine passgenaue Lösung zu finden.

c) Die Leitung der Klassenelternversammlung obliegt dem Klassenelternsprechern bzw. deren Stellvertretern. Die Klassenleitung hat zwar das Recht, an den Versammlungen teilzunehmen, eine Moderationsfunktion ist ihr jedoch nicht auferlegt.

www.recht-fuer-lehrer.de

ÖPR-Beteiligung am Gliederungsplan

Was muss die Schulleitung dringend beachten, bevor der Gliederungsplan an die ADD geleitet wird? Muss der ÖPR dringend darauf schauen oder ist das fakultativ?

Die Schulleitung hat gemäß § 84 LPersVG den Gliederungsplan vor Absenden an die ADD mit dem ÖPR zu erörtern. Dies meint nicht, den Gliederungsplan vorzulegen und keinen Austausch hierüber zuzulassen. Die Schulleitung hat auf Betreiben des ÖPR die Gründe für einzelne Entscheidungen in angemessenem Umfang darzulegen. Die Erörterung ist auf dem ÖPR-Blatt (Anlage zum Gliederungsplan) per Unterschrift zu bestätigen.

Antwort Rechtsfrage des Monats

Richtig ist Antwort c)

Die Durchführung von Klassenelternversammlungen und Sitzungen von Schulelternbeirat und Schulausschuss sind in den „Richtlinien für die Durchführung von Sitzungen der Klassenelternversammlungen, des Schulelternbeirats und des Schulausschusses sowie die Teilnahme an Konferenzen“ vom 19.03.2008 (AZ: 9211-51 603/30) geregelt. Dort heißt es in Ziffer 1.4.: „Die Klassenelternsprecherin oder der Klassenelternsprecher leitet die Sitzungen der Klassenelternversammlung [...]. Der Termin ist gemäß Ziffer 2 mit der Klassenleitung abzustimmen. Auch die Einladung (Einladungsfrist beträgt zwei Wochen, wobei diese mit der Absendung der Einladungen beginnt) ist vom Klassenelternbeirat vorzunehmen. Die Klassenleitung nimmt an den Sitzungen der Klassenelternversammlung teil (Ziffer 5.1.). Es empfiehlt sich, gemeinsam die Versammlung vorzubesprechen, damit die Sitzung geordnet verlaufen kann. Eine Niederschrift bei Klassenelternversammlungen kann erfolgen, insbesondere, wenn abwesende Eltern informiert werden sollen, ist dies hilfreich. Verpflichtend ist eine Niederschrift jedoch nur, wenn Beschlüsse gefasst werden müssen. Hierbei ist auf die Regeln zum Stimmrecht hinzuweisen (Ziffer 6).

RA Dominik Hoffmann

ÖPR-Post durch Sekretariat geöffnet

Unsere Sekretärin an der Grundschule öffnet sämtliche Post und teilt diese in die Fächer des Kollegiums. Dies betrifft auch die Post, die an den Örtlichen Personalrat gerichtet ist. Dies halten wir für nicht o. k. Was können wir tun?

Gemäß Ziffer 1.2 der „Organisatorischen Handreichungen für Schulleitungen und Lehrkräfte“ ist Dienstpost von der Posteingangsstelle zu öffnen. Dies betrifft auch Schreiben, die an einzelne Lehrkräfte gerichtet sind, sofern diese nicht mit einem eindeutigen Hinweis (Persönlich/Vertraulich) versehen sind.

Als Dienstpost gilt jedoch nicht die Post, die erkennbar an den Örtlichen Personalrat gerichtet ist. Diese Post ist ungeöffnet weiterzuleiten. Wir empfehlen, hierauf in einem Gespräch mit der Schulleitung hinzuwirken, sofern ein Hinweis an die Sekretärin nicht für Abhilfe sorgt. Die gleiche Praxis gilt auch für Vertrauenspersonen an den Schulen.

Schrumpfende Schule und Besoldung?

Ich bin zurzeit Rektorin an einer GSRS+ und erhalte die Besoldung A 14 SL. Nun zeichnet sich ab, dass die Schule in den kommenden Jahren im Bereich RS+ ausläuft, auch droht die Schülerzahl unter 180 zu fallen. Wie sieht es mit meiner Besoldung aus? Bleibe ich dennoch in A 14 SL? Vermindert sich meine Pension?

Zunächst genießen Sie mit Ihrer Besoldung Bestandsschutz. Dies bedeutet, dass Ihnen ohne Weiteres keine niedrigere Besoldung zugemutet werden kann, sodass auch Ihre Pensionsansprüche nicht sinken. Hinsichtlich der Schülerzahlen hat das Absenken lediglich zur Folge, dass bei einer Neubesetzung der Funktionsstellen das niedrigere Niveau bei der Ausschreibung Berücksichtigung findet. Für Sie hat dies keine Konsequenzen. Was die Schließung des RS+-Zweiges angeht, so steht es dem Dienstherrn frei, sie amtsangemessen einzusetzen. Aus diesem Grund kann es durchaus sein, dass gemeinsam mit der ADD nach einem neuen Einsatzort geschaut werden muss. Diesen können Sie nur in besonderen Ausnahmefällen ablehnen.

zusammengestellt von dh

2,3 % Tariferhöhung im TV-L zum 01. März 2016

Die Tarifeinigung im Frühjahr 2015 umfasste eine zweistufige Erhöhung der Tarifentgelte. Nach dem ersten Schritt der Erhöhung zum 01. März 2015 (2,1 %) wird nun aktuell der zweite Schritt umgesetzt: Ab 01. März 2016 steigen die Tabellenentgelte um weitere 2,3 %, mindestens jedoch um 75 Euro. Nach Informationen aus dem LfF soll die Erhöhung bereits in der aktuellen Gehaltszahlung berücksichtigt werden. Sollte dies bei Ihnen nicht der Fall sein, brauchen Sie zunächst keinen Verlust zu befürchten. Die Erhöhung wird dann im Folgemonat nachbezahlt.

Dienstentfernung eines Lehrers vom OVG bestätigt:

Im vergangenen Jahr hatte der VBE über das Urteil des VG Trier berichtet, wonach ein Lehrer der berufsbildenden Schule rechtmäßig aus dem Dienst entfernt wurde. Hintergrund war die behauptete fortgesetzte Dienstunfähigkeit des Beamten, die einer amtsärztlichen Untersuchung entgegenstand. Der Beamte kündigte an, seinen Dienst umgehend anzutreten, wenn er an ein Gymnasium versetzt würde. Das OVG hat die erstinstanzliche Entscheidung nunmehr bestätigt. „Ein Beamter des höheren Dienstes, der vorsätzlich über einen Zeitraum von mehreren Monaten seine Dienstleistung vollständig verweigere, beeinträchtige nicht nur in erheblicher Weise sein eigenes Ansehen. Vielmehr würden dadurch auch das Ansehen und das Vertrauen der Bevölkerung in die Beamtenschaft allgemein verletzt sowie – und zwar in schwerwiegender Weise – die elementaren Grundpflichten eines jeden Bediensteten im öffentlichen Dienst missachtet. Hinzu komme, dass der Staat für eine erfolgreiche Wahrnehmung des ihm obliegenden Erziehungsauftrags auf eine funktionierende Schule angewiesen sei. Ein Lehrer, der wie der Beklagte seinen Dienst nur dann anbiete, wenn er zuvor an die von ihm gewünschte Schule versetzt werde, gefährde die Funktionsfähigkeit der Schulverwaltung unmittelbar und auf das Schwerste“, so die Richter in der Urteilsbegründung.

(Urteil vom 23. Februar 2016, Aktenzeichen: 3 A 11052/15.OVG)

Vertrauen und Engagement – der VBE an den Schulen in Rheinland-Pfalz

Der VBE ist eine große Bildungs- und Lehrergewerkschaft in Rheinland-Pfalz und ein wichtiger Partner in allen pädagogischen, schulpolitischen, berufspolitischen und gewerkschaftlichen Fragen für die Beschäftigten an den Schulen und in den Bildungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz.

Der VBE will seine Mitglieder und die Schulen schnell und umfassend mit allen wichtigen Informationen versorgen. Dafür hat der VBE ein Vertrauensleutesystem an den Schulen aufgebaut. Diesem Informationsnetz gehören Kolleginnen und Kollegen an, die VBE-Mitglied sind und an der jeweiligen Schule die Aufgabe übernommen haben, VBE-Ansprechpartner/-in für die Kolleginnen und Kollegen zu sein.

Der Begriff „Vertrauensleute“ leitet sich – wie der Name schon sagt – davon ab, dass beide Seiten sich vertrauen und gegenseitig auf die Hilfe und Unterstützung des anderen zählen können. VBE-Vertrauensleute verteilen vor Ort VBE-Publikationen und VBE-Informationen an ihr Kollegium, hängen VBE-Plakate aus und halten das „Schwarze Brett“ immer auf dem neuesten Stand. Sie geben die VBE-Informationen auch weiter an interessierte, noch nicht organisierte Kolleginnen und Kollegen.

Wer solche Unterlagen oder eine andere Unterstützung benötigt, kann diese bei der VBE-Landesgeschäftsstelle anfordern. Ein Anruf genügt.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen natürlich unsere jungen Kolleginnen und Kollegen, also unsere Lehramtsanwärter/-innen und Referendarinnen und Referendare. Sie benötigen vielfache und vielfältige Unterstützung, was wir alle noch aus eigener Erfahrung wissen. Für sie hält der VBE zahlreiche besondere Informationen und Beratungsangebote bereit, die die VBE-Vertrauensleute bei der Begleitung der jungen Kolleginnen und Kollegen unterstützen. Solche Angebote beziehen sich auf relevante Themen wie Studienseminar, Abordnung, Versetzung, Ländertausch, Einstellungschancen, Einstellung, Mutterschutz, Elternzeit, rechtliche Beratung etc.

In gleicher Weise können VBE-Vertrauensleute darauf vertrauen, dass der VBE sie stets mit aktuellen schul- und berufspolitischen Informationen versorgt. Außerdem können VBE-Vertrauensleute Einladungen zu zentralen Veranstaltungen und interessanten Fortbildungen erhalten. Standard ist darüber hinaus eine exklusive Auskunft und Beratung durch unsere VBE-Fachleute, wenn‘s einmal klemmt.

Iris Segrodnik, die Referentin des VBE Rheinland-Pfalz für Mitgliederbetreuung

Ganz wichtig dabei ist, dass der VBE immer über die aktuelle Adresse, Telefonnummer und E-Mail-Adresse verfügt. Änderungen sollten möglichst umgehend an die Landesgeschäftsstelle weitergegeben werden. Einmal im Jahr erhält jedes VBE-Mitglied einen Datenbogen, mit der Bitte, Datenänderungen mitzuteilen. Spätestens dann sollten Datenänderungen gemeldet werden, damit die Kommunikation weiter stimmt.

Wer in den wohlverdienten Ruhestand geht, an den hat der VBE noch eine besondere Bitte: Sie bzw. er möge sich, wenn es geht, um eine Nachfolge bemühen oder dem VBE mitteilen, wer an seiner Schule dieses Amt einer VBE-Vertrauensperson übernehmen kann oder will.

Der VBE kann seine vielfältigen schul- und berufspolitischen Aufgaben nur durch eine möglichst hohe Mitgliederzahl erfüllen. Der VBE unterstützt seine Vertrauensleute deshalb dabei, wenn sie auch aktiv für eine Mitgliedschaft im VBE werben (attraktive Werbeprämien inklusive). Auch neugeworbene Kolleginnen und Kollegen können jederzeit, wenn sie wollen, aktiv mitmachen in den verschiedensten Gremien. Jede Meinung ist gefragt! Sie sind im VBE herzlich willkommen!

Iris Segrodnik
VBE-Referentin für Mitgliederbetreuung
i.segrodnik@vbe-rp.de

PS: In der letzten RpS-Ausgabe haben wir eine kleine VBE-Vertrauensleute-Vorstellungs-Serie gestartet. Wenn auch Sie sich Ihren Kolleginnen und Kollegen vorstellen wollen, senden Sie einfach ein Selfie an den VBE Rheinland-Pfalz (info@vbe-rp.de) oder an die RpS-Redaktion (rps@vbe-rp.de). Wir freuen uns auf Ihr Engagement.

VBE-Kreisverbände Rhein-Lahn und Westerwald

Mathe macht glücklich

Am 24. Februar 2016 fand eine ganztägige Fortbildungsveranstaltung im Mathematikum Gießen statt. Die Fortbildung folgte dem Grundprinzip des Mathematikums: „Mathe macht glücklich“. Ziel war es, den Teilnehmenden ein Repertoire an Experimenten für den Unterricht aufzuzeigen, mit dem sie neben der Vermittlung mathematischer Inhalte, Begriffe und Kompetenzen vor allem die Faszination für die Mathematik bei ihren Schülern wecken können. Die Lehrkräfte konnten an Knobelspielen tüfteln, Brücken bauen, mit Seifenblasen experimentieren, Puzzle legen oder sich unendlich im Spiegel betrachten. Die aufgekommenen Fragen, wie z. B. „Warum ist die Kugel auf der rechten Bahn schneller als die auf der linken“? „Warum ist die Brücke so stabil“? „Wie funktioniert das Möbiusband“?, wurden unter den Teilnehmern lebhaft diskutiert. Unter fachlicher Anleitung von Laila Samuel, der Ausstellungskoordinatorin des Mathematikums, wurden mathematische Experimente durchgeführt. Manche Experimente regten zum Staunen an, für manche brauchte man Geschicklichkeit, und bei manchen wurde der Ehrgeiz geweckt, so lange zu probieren, bis man herausbekommen hatte, wie es funktioniert.

Am Ende des Tages waren sich die teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen darüber einig, dass der Besuch sehr informativ war und der Spaß dabei auch nicht zu kurz gekommen ist.

Fazit: Ein Besuch mit Schülern ist sicher sehr empfehlenswert, denn „Mathe macht glücklich“.

Karin Mey
VBE-Kreisvorsitzende

Kreisverband Ludwigshafen-Frankenthal

In Albanien

Am 24. Februar 2016 trafen wir uns im Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen zu einer Dia-Show. Heide und Helmut Endres führten uns gedanklich nach Albanien, das uns alle spontan an Mutter Teresa erinnert. Sie wurde 1910 im Osmanischen Reich, auf dem Gebiet des heutigen Mazedonien, geboren.

Albanien heißt felsige Erde. Wir sahen Bilder von unverfälschter, zum Teil wilder Natur.

Die Menschen gehören entweder der katholischen Kirche, der orthodoxen Kirche oder dem Islam an. Seit 1991 gibt es hier Religionsfreiheit. In den Burgruinen und Ruinen von Kathedralen sahen wir wunderschöne alte Ikonen und Fresken.
Aus der kommunistischen Zeit sind noch U-Boot-Stationen und Erdbunker zu sehen. Albanien hat kaum Industrie, ist daher ein armes Land, es lebt von Landwirtschaft, Viehzucht und Weinbau.

Das Städtchen Gjirokaster steht teilweise unter Denkmalschutz. Auf dem Lande sind die meisten alten Gebäude aus kommunistischer Zeit abgerissen und durch Neubauten ersetzt. Aus dieser Zeit sind noch einige Betonbunker, welche die Parteiführung im ganzen Land errichteten ließ, zu sehen – in einer Art sozialistischer Paranoia.

Die Mittelmeerküste bietet schöne Strände und kleine Hotels. In der Hauptstadt Albaniens Tirana sind zahlreiche und interessante Museen, Kunstgalerien und kulturelle Zentren, z. B. Kulturpaläste, Kongresspaläste, zu besichtigen.

Et‘hem Bay Moschee ist die einzig noch erhaltene Moschee der Stadt. In der Nähe der Stadt ist die bekannteste archäologische Stätte des Landes, die Ruine von Burint. 1992 wurde sie von der UNESCO zum Weltkulturerbe ernannt.
Dort ist ein antikes Theater, eine römische Badeanlage und eine frühchristliche Basilika aus dem 6. Jahrhundert zu bewundern. Ein weiterer sehenswerter Ort ist die Ruinenstätte Apollonia in der Nähe des Ortes Fier. Albanien ist durchaus eine Reise wert, schon wegen der alten Kunstschätze und der fast unberührten Natur.

Marika Klausmann
VBE Ludwigshafen-Frankenthal

IN MEMORIAM

Wir werden unseren verstorbenen Mitgliedern ein ehrendes Andenken bewahren.

Gertrud von der Driesch
Konrektorin a. D.
Hauptstr. 27
54314 Vierherrenborn
geb. 12.12.1926
† 24.02.2016

Klaus Waldau
Rektor a. D.
Steuerstr. 5
55411 Bingen
geb. 17.02.1933
† 17.02.2016

Treiber-Update

Sind Ihre Geräte-Treiber noch aktuell? Ist die interne Software der Geräte, die „Firmware“, noch auf dem neuesten Stand? Natürlich ist es notwendig, z. B. die Grafikkarte, den Drucker oder den Scanner regelmäßig mit neuen Treibern zu versorgen. Wenn Sie nicht immer selbst Ausschau halten wollen, empfiehlt sich z. B. das Programm „Driver Booster free“ (Download z. B. bei www.iobit.com). Achten Sie aber auch z. B. auf Ihren Fernseher, Ihren Blu-Ray-Player, Ihr Autoradio oder Ihre Digitalkamera! Solche Geräte werden häufig vergessen. Eine neue „Firmware“ bringt oft mehr Möglichkeiten, eine bessere Ausgabequalität oder eine einfachere Bedienung. Bei Blu-Ray-Playern können dann auch Scheiben mit dem neuesten Kopierschutz abgespielt werden. Für das Update benötigen Sie entweder eine Internetverbindung oder es funktioniert über einen USB-Stick. Schon beim Kauf sollte darauf geachtet werden, dass der Hersteller Updates zur Verfügung stellt. Billiganbieter vernachlässigen diese Aufgabe häufig.

Google Suchtipps

Sie verzweifeln an der Google-Suche, wollen aber keine andere Suchmaschine nutzen? Dann sollten Sie Suchparameter verwenden, die bessere Ergebnisse erzielen. So bringt z. B. die Eingabe von „Smartphone – iPhone“ nur Ergebnisse ohne das Wort „iPhone“, das Minus schließt also Wörter aus. Mit der Eingabe „iPhone Anleitung filetype:pdf“ finden Sie nur pdf-Dateien, typisch für Bedienungsanleitungen. Eine genaue Wortfolge wird durch die Eingabe von Anführungszeichen gesucht. Bei der Eingabe „Angela Merkel in Afrika“ erkennen Sie sofort, dass der letzte Afrika-Besuch von Angela Merkel im Jahr 2011 war. Weitere Suchtipps für Google finden Sie z. B. hier: **https://support.google.com/websearch**

Desktop-Rechner

Die Tauschintervalle bei Computern sind länger geworden! Während früher fast jedes Jahr enorme Leistungssprünge zu verzeichnen waren (XT, 286er, 386er usw.) ist heute die Entwicklung etwas langsamer. So hat z. B. ein drei Jahre alter Rechner auch heute noch genug Leistung, um aktuelle Programme auszuführen. Kommt z. B. ein neues Display auf den Schreibtisch, lohnt es sich oft, nur die Grafikkarte auszutauschen, damit die höhere Auflösung unterstützt wird. Allerdings kann es dabei auch zu Schwierigkeiten kommen. Fertigrechner haben oft eine Minimalausstattung, eine Aufrüstung scheitert dann z. B. am fehlenden Platz auf dem Board oder im Gehäuse. Besser sind individuell zusammengestellte Rechner, bei denen z. B. ein großes Gehäuse und ein gutes Motherboard genügend Erweiterungs- und Ausbaumöglichkeiten bieten. Das Preis-Leistungsverhältnis ist zudem meist besser als bei Fertigrechnern. Da Windows 10 die letzte Windows-Version sein soll, empfiehlt sich der einmalige Kauf. Das Betriebssystem ist dann auch kein Argument mehr für einen Fertigrechner. Zusammenstellen kann man den Rechner selbst (Kauf der Teile im Internet) oder im „Computerladen um die Ecke“.

Handytarife

Sie kennen O2, Telekom und Vodafone. O2 hat inzwischen mehr Kunden als die Telekom, Vodafone liegt mit großem Abstand auf dem dritten Platz. Die Marktführung von O2 liegt an der Übernahme von E Plus im Jahr 2014, die allerdings mit der Auflage verbunden war, dass O2 30 % seiner Netzkapazität an Reseller abgeben muss. Dadurch sind Reseller ohne eigenes Netz wie „1&1“, „blau“, „sympyo“ oder „smartmobil“ oft deutlich billiger als der eigentliche Netzbetreiber.

Windows 10

Mit einer großen Werbekampagne und ständigen Aufforderungen aus Windows heraus versucht Microsoft, möglichst viele Computernutzer zum Umstieg auf Windows 10 zu bewegen. Prinzipiell ist der Umstieg auch empfehlenswert – wenn Windows 10 funktioniert! Bei einigen Rechnern gibt es so große Probleme, dass selbst Hersteller wie HP oder Dell bei diesen von einem Umstieg abraten. Zum Glück ist das „downgraden“ in wenigen Minuten erledigt, wenn Windows 10 nicht ordentlich funktioniert. Ohne Datenverlust geht es aber nur 30 Tage lang, also sollte dem Umstieg eine ausgiebige Testphase folgen. Funktionieren Drucker und Scanner, wird die Digitalkamera noch angesprochen oder lässt sich das Bildbearbeitungsprogramm noch starten? Dies sind einige der Fragen, die innerhalb der 30 Tage beantwortet werden sollten! Wollen Sie dann Ihr altes Windows wieder herstellen, finden Sie in den „Einstellungen“ unter „Update und Sicherheit“ und „Wiederherstellung“ einen Button, mit dem Sie zurückkehren können. Sind die 30 Tage vorbei, bleibt nur zu hoffen, dass zukünftige Updates besser laufen als das November-Update (Version 1511). Nach diesem Update bestand z. B. bei einigen Notebooks keine Internetverbindung mehr.

Urhebergebühren

Schon wieder sorgt eine Zwangsabgabe für Unmut. Rückwirkend ab 2008 müssen die Hersteller für jedes verkaufte Smartphone eine Gebühr von 6,25 € und für jedes Tablet eine Gebühr von 8,75 € überweisen. Bezahlt werden muss bereits für viele andere Geräte, z. B. für Notebooks, Drucker, Scanner, Speichersticks oder MP3-Player. Trotzdem bleibt das Abspeichern urheberrechtlich geschützter Inhalte aus dem Internet strafbar! Die Gebühren gehen an insgesamt neun Verwertungsgesellschaften, das meiste an die Gema und die VG Wort, ein Teil aber auch z. B. an die Güfa, die die Pornobranche vertritt.

Anki Overdrive

Sie spielten als Kind gerne mit Ihrer Carrera-Bahn? Dann wird Sie die neue Anki-Overdrive-Bahn begeistern! Die Strecke ist schnell aufge-

VORSCHAU

In der nächsten Ausgabe lesen Sie u. a.:

- Tablet-Systeme
- Motherboards
- USB-Sticks

Rückmeldungen erwünscht!
Schicken Sie Anregungen, Wünsche oder Anmerkungen an den Autor:
N.Ristic@gmx.de

baut, die Rennautos werden über das Smartphone gesteuert. Dabei gibt es Besonderheiten wie z. B. einen „Traktorstrahl“, mit dem die Gegner verlangsamt werden, oder eine Kanone, mit der Gegner von der Strecke geschossen werden können. Je fleißiger man übt, desto mehr besondere Fähigkeiten erhält man. Nachteilig ist, dass die Akkus der Wagen nur ca. 15 Minuten halten. Stehen pro Spieler zwei Autos zur Verfügung kann allerdings nahtlos weitergefahren werden, ein Auto ist dann immer beim „Tankstopp“. Der Spaß ist aber teuer. Die Grundausstattung mit zwei Rennwagen kostet ca. 150 €, weitere Rennwagen je ca. 50 €.
www.anki.com

Tablets mit LTE

Lohnt sich der Aufpreis für ein LTE-Modul im Tablet? Benötigt wird dann auch eine SIM-Karte mit Datentarif, Kostenpunkt ca. 10 € für 1GB im Monat. Meist lohnen sich die Mehrkosten jedoch nicht. Nur wenn Sie das Tablet sehr oft mitnehmen und unterwegs von freien WLAN-Hotspots unabhängig sein wollen, könnte LTE sinnvoll sein. Allerdings ist es meist gescheiter, den Datentarif auf dem Smartphone zu erhöhen. Dann kann mittels „tethering“ das Tablet über das Smartphone ins Internet. Wollen Sie mit dem Tablet im Auto navigieren, sollten Sie darauf achten, dass es ein GPS-Modul hat. Viele Tablets ohne LTE haben auch keinen GPS-Empfänger verbaut!

Microsoft Lumia 950

Mit den beiden neuen Smartphones Lumia 950 und 950 XL will Microsoft in das Premium-Segment vorstoßen. Die technischen Daten lesen sich gut. Mit hochauflösendem Display (2560x1440), einer guten Kamera und einem schnellen Prozessor können sie Apple, Samsung und Co. Paroli bieten. Auch beim Preis, der über 500 € liegt, liegen beide Geräte im Bereich der Premiumklasse. Erstmals ist Windows 10 mit an Bord. Gut ist, dass sich z. B. Tastatur oder Maus über USB anschließen lassen. Auch kann das Smartphone per „Display Dock“ an einen großen Monitor angeschlossen werden. Outlook oder Word funktionieren dann fast wie am PC. Allerdings laufen nur „Universal Apps“ im Dock-Modus, dem „Continuum“, das PCs, Notebooks, Tablets und Smartphones in einer App-Welt vereinen soll. Die Zukunft der Lumia-Serie hängt von der Anzahl der Apps ab, noch gibt es nicht genug Auswahl. So gibt es bei Google ca. 1,5 Mio., bei Apple ca. 1,4 Mio., bei Microsoft aber „nur“ ca. 340 Tsd. Apps zur Auswahl.
www.microsoftstore.com

Internet

Unterrichtsentwurf gesucht? Inzwischen gibt es viele Portale für Referendare und fertige Lehrkräfte, in denen kostenlos fertige Entwürfe heruntergeladen werden können. Natürlich können dort auch eigene Entwürfe der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Eine Anmeldung ist immer nötig, manchmal bekommt man Entwürfe nur nach dem Tauschprinzip. Folgende Portale bieten ein großes Angebot:
www.4teachers.de
www.schulportal.de
www.lehrproben.de

Flüchtlingshilfe muss organisiert werden! Dazu gibt es bereits mehrere Portale im Internet. Geachtet werden muss dabei natürlich auf Seriosität. Auch in diesem Bereich tummeln sich Geschäftemacher! Auch wenn die politische Ausrichtung gelegentlich diskussionswürdig ist, sind z. B. diese Portale empfehlenswert:
http://alle-helfen-jetzt.de
http://helpto.de
http://wie-kann-ich-helfen.info
www.ggua.de

Nachrichten sind für viele Menschen schwer verständlich. Das Niveau senken? Das wäre der falsche Weg, obwohl er oft schon begangen wird. Besser sind spezielle Angebote, in denen Politik und Nachrichten einfach, aber nicht nach Art der Bildzeitung dargeboten werden. Neben diversen YouTube-Kanälen, die oft eine fragwürdige Ausrichtung haben, bieten sich folgende Portale an:
www.nachrichtenleicht.de
http://besser-erklärt.de
www.blinde-kuh.de/aktuell

Tipps und Tricks

Word 2010/2013 – Listen sortieren
Nicht nur in Excel, auch in Word können Sie einfach sortieren! Markieren Sie dazu die Liste, die sortiert werden soll. Nun klicken Sie im Register „Start“ das SortierIcon „AZ“ auf. Sie können nach Text, Zahl oder Datum sortieren lassen und bis zu drei Kriterien angeben. Wenn Sie die Absätze kontrollieren wollen, klicken Sie das Icon „Alle anzeigen“ (rechts neben „AZ“) an oder drücken ‹Strg›+‹shift›+‹*›.

Ferien importieren
In fast alle Kalender können Sie die Feriendaten importieren. Dazu finden Sie z. B. bei www.schulferien.org den Menüpunkt „Ferien im iCal-Format“. Unter diesem können Sie eine ics-Datei herunterladen, die die Termine Ihres Bundeslandes enthält. Die ics-Datei kann importiert werden, bei Outlook z. B. unter Datei/Öffnen/Importieren.

Windows 10 – kein Internet
Nach einem Update kommen Sie nicht mehr ins Internet? Meist hilft eine Deinstallation des WLAN-Adapters. Dazu tippen Sie in das Eingabefeld links unten „Geräte-Manager“ und wählen im sich dann öffnenden Fenster den Geräte-Manager/Systemsteuerung. Unter „Netzwerkadapter“ finden Sie das WLAN-Gerät. Klicken Sie es mit der rechten Maustaste an und wählen Sie „Deinstallieren“. Nach einem Neustart wird es automatisch wieder installiert. Sie müssen nun nur noch Ihren Internetzugang wieder einrichten, dazu auf das WLAN-Symbol in der Taskleiste klicken, Ihr WLAN auswählen und die Zugangsdaten (Passwort) eingeben. Probleme könnten ein verstecktes WLAN (hidden SSID) oder ein vergessenes Passwort bereiten.

VBE-Kreisverband Kaiserslautern
Veranstaltungen 2016

30. April 2016
Beginn: 14:00 Uhr

Führung „Keltischer Donnersberg“ durch Peter Gerstle
Treffpunkt an den Infotafeln auf dem Donnersberg zwischen den beiden großen Parkplätzen festes Schuhwerk erforderlich, Wegstrecke ca. 90 min. Anschließend Einkehr im Waldhaus auf dem Donnersberg

3. November 2016
17:00-19:00 Uhr

VBE-Fachtagung
„Marte Meo“ – videogestütztes Beratungskonzept für Lehrer-Eltern-Gespräche
Grundschule in Kirchheimbolanden, Linsenpfad 4, 67292 Kirchheimbolanden;
Anmeldung bitte bei Heike Schmehrer (HeikeSchmehrer@web.de) oder 0631-7501861

25. November 2016

VBE-Fachtagung (ganztägig)
„Diagnose, Prävention und Förderung bei besonderen Schwierigkeiten beim Rechnen“
Prof. Dr. Sebastian Wartha, Pädagogische Hochschule Karlsruhe, im Erbacher Hof Mainz
Es ergeht eine gesonderte Einladung; Voranmeldung über die Landesgeschäftsstelle Mainz

30. November 2016
ab 18:00 Uhr

Jahresausklang auf dem Weihnachtsmarkt Kaiserslautern
Wir treffen uns ab 18 Uhr am Glühweinkarussell auf dem Schillerplatz, ab 19 Uhr ist das Nebenzimmer im Restaurant Medici, Münchstraße 10, für uns reserviert.
Anmeldung bitte bei Heike Schmehrer (HeikeSchmehrer@web.de) oder 0631-7501861

Samstag 30.04.2016 14.00 Uhr

Donnerstag 03.11.2016 17-19.00 Uhr

Freitag 25.11.2016

Mittwoch 30.11.2016 ab 18.00 Uhr

VBE-Kreisverband Ludwigshafen-Frankenthal
Programm 1. Halbjahr 2016

Mittwoch
06.04.2016
16:00-18:30 Uhr

Das interaktive Whiteboard im Klassenzimmer
Referent: KR Raphael Stoll, GS Annweiler
Ort: Haßloch, GS Ernst-Reuter-Schule, Martin-Luther-Str. 25

Mittwoch
27.04.2016
15:00 Uhr

Besuch des Technoseums
(Landesmuseum für Technik und Arbeit)
Thema: Bier – Braukunst und 500 Jahre Reinheitsgebot
Ort: Mannheim, Museumsstr. 1

Mittwoch
18.05.2016
15:00-ca. 17:00 Uhr

Betriebserkundung
Pfalzmarkt Mutterstadt
Ort: Mutterstadt, Neustadter Str. 100

Samstag
25.06.2016
09:15 Uhr

Fahrt mit S-Bahn nach Neckarsteinach
Treffpunkt am Bahnhof Ludwigshafen
Stadtführung und Mittagessen in Neckarsteinach
Schifffahrt nach Heidelberg

ca. 18:00 Uhr

Besuch der Innenstadt (ggf. Schloss)
Rückfahrt
(Anmeldung bis 18.06.16 beim Kreisvorsitzenden)

Mittwoch 06.04.2016 16-18.30 Uhr

Mittwoch 27.04.2016 15.00 Uhr

Mittwoch 18.05.2016 15-17.00 Uhr

Samstag 25.06.2016 9.15 Uhr

VBE-Kreisverband Germersheim – Aktuelle VBE-Beratung für Vertretungslehrkräfte
Informationsveranstaltung zum Planstellenvergabeverfahren

Ort: **Gaststätte „Quetschkommod“, Germersheimer Straße. 4, 76870 Ottersheim**
Termin: **27. April 2016, 16:00 Uhr**
Anmeldung: **mit Angabe der Schulart bis zum 22. April 2016 bei m.kulpe@vbe-rp.de**
Referentinnen: **Sabine Mages und Iris Segrodnik**

Programm:

Die Referentinnen Sabine Mages und Iris Segrodnik sind für den VBE Rheinland-Pfalz im Bezirkspersonalrat der Grundschulen tätig. Sie werden in einer Präsentation das für alle Schularten gleiche Planstellenvergabeverfahren vorstellen und allgemeine Fragen dazu beantworten.

Im Anschluss haben die Teilnehmer/-innen die Möglichkeit, in Einzelgesprächen Informationen zum aktuellen Stand ihrer Bewerbung zu erhalten. Diese Veranstaltung richtet sich an Vertretungslehrkräfte mit der Qualifikation Grund- und Hauptschullehrer/-in, Förderschullehrer/-in, Realschullehrer/-in und Realschule plus-Lehrer/-in.

Interessierte und betroffene Kolleginnen und Kollegen sind herzlich eingeladen.

Mittwoch 27.04.2016 16.00 Uhr

Wir gratulieren unseren Geburtstagskindern im Juli 2016

■ zum 96. Geburtstag
am 17.5.
Hermann Hoffmann
Bergweg 3 ▪ 54516 Wittlich

■ zum 94. Geburtstag
am 07.05.
Karl Michels
Kolpingstr. 14 ▪ 56727 Mayen

■ zum 91. Geburtstag
am 06.05.
Irmgard Baumert
Herrenberg 2 ▪ 65553 Limburg
am 17.05.
Joseph Braun
Frankenstr. 33 ▪ 56626 Andernach

■ zum 88. Geburtstag
am 22.05.
Ursula Förster
Strobelallee 36 ▪ 66953 Pirmasens

■ zum 86. Geburtstag
am 03.05.
Anneliese Solluch
In der Hardt 38 ▪ 56746 Kempenich
am 23.05.
Margarete Schall
Germersheimer Str. 100
67360 Lingenfeld
am 29.05.
Rosemarie Simon-Schirmer
Eugen-Jäger-Str. 63 ▪ 67346 Speyer

■ zum 85. Geburtstag
am 05.05.
Margret Göbel
Weidmannstr. 77 ▪ 55131 Mainz
am 12.05.
Angelika Pöhlmann
Wilhelm-Busch-Weg 2 ▪ 67346 Speyer
am 16.05.
Maria Grossarth
Bösdellstr. 24
66877 Ramstein-Miesenbach

■ zum 84. Geburtstag
am 02.05.
Franz Schaffrath
Raiffeisenweg 1 ▪ 56599 Leutesdorf
am 12.05.
Anton Menke
An der Bruchspitze 65 ▪ 55122 Mainz

■ zum 83. Geburtstag
am 03.05.
Fridolin Doll
Finkenweg 5 ▪ 67144 Deidesheim

■ zum 82. Geburtstag
am 25.05.
Hans Fuchs
Eichenstr. 23 ▪ 56759 Kaisersesch
am 26.05.
Günter Schmitt
In der Lay 9 ▪ 55595 Weinsheim
am 31.05.
Irmgard Müller
Hammer Str. 11 ▪ 48317 Drensteinfurt

■ zum 80. Geburtstag
am 05.05.
Christel Holzhäuser
St. Laurentius 37 ▪ 54550 Daun
am 06.05.
Klaus Becker
Zum Elleser Tal 10 ▪ 53567 Buchholz

■ zum 79. Geburtstag
am 06.05.
Hilmar Klemm
Migennesstr. 51 ▪ 55469 Simmern
am 10.05.
Maria Nord
Obere Langgasse 5 ▪ 67346 Speyer
am 10.05.
Helga Gerten
Am Triesch 3 ▪ 54487 Wintrich
am 26.05.
Klaus Wigge
Im Mühlbachtal 26 ▪ 56377 Nassau
am 27.05.
Friedel Schmid
Alkener Weg 37 ▪ 56332 Oberfell

■ zum 78. Geburtstag
am 08.05.
Gertrud Scherthan
Fr.-Ebert-Str. 4 ▪ 67271 Neuleiningen
am 09.05.
Leo Bach
Willemsstr. 47
54347 Neumagen-Dhron
am 15.05.
Hiltrud Kaster
Tucholskyweg 9 ▪ 55127 Mainz
am 20.05.
Walter Link
Pfarrer-Autsch-Str. 5 ▪ 55126 Mainz
am 22.05.
Gerhard Hammes
Semmelweisstr. 10 ▪ 56727 Mayen
am 24.05.
Maria Wanner
Berwartsteinstr. 20 ▪ 66994 Dahn

■ zum 77. Geburtstag
am 08.05.
Gudrun Link
Burg Eltz Str. 2 ▪ 56254 Müden
am 29.05.
Bernhard Kaiser
Weihergarten 1 ▪ 55435 Gau-Algesheim

■ zum 76. Geburtstag
am 01.05.
Karl-Josef Simonis
Hasenacker 12
56154 Boppard-Buchenau
am 01.05.
Hermann Thomas
Im Gerstel 91 ▪ 66994 Dahn
am 04.05.
Annedore Tibes
St.-Georgen-Str. 51 ▪ 56751 Polch
am 13.05.
Helga Kiefer
Kapellenstr. 28
56812 Cochem-Cond
am 13.05.
German Köllner
Bergstr. 25 ▪ 66996 Fischbach
am 18.05.
Margarete Reiling
Kieferberg 42 ▪ 67659 Kaiserslautern
am 19.05.
Erika Jarisch
Kunoweiher 12 e ▪ 54439 Saarburg
am 20.05.
Waltraud Weiler
Maria-Terwiel-Str. 12 ▪ 56154 Boppard
am 24.05.
Hans Joachim Keßler
Martinstal 14 ▪ 56220 Bassenheim
am 24.05.
Karl-Benno Grenzmann
Sudelfeldstr. 70 ▪ 83098 Brannenburg
am 26.05.
Richenza Diesch
Auf der Höhe 7 ▪ 54614 Heisdorf
am 30.05.
Aloisia Becherer
Germaniastr. 7 ▪ 56564 Neuwied
am 31.05.
Günter Bastian
Im Webersgarten 35 ▪ 54484 Noviand

■ zum 75. Geburtstag
am 07.05.
Dietmar Gey
Bitzenweg 17 ▪ 56422 Wirges
am 07.05.
Lutz Jabusch
Herrenteich 11 ▪ 76855 Annweiler
am 08.05.
Manfred Junker
Herrenteich 9 ▪ 76855 Annweiler
am 20.05.
Jürgen Schömer
Auf Pehlen 1 ▪ 54531 Manderscheid
am 25.05.
Margit Karsten
Waldweg 22 ▪ 56812 Dohr

■ zum 74. Geburtstag
am 01.05.
Gerd Böttcher
Schleidter Weg 4 ▪ 56357 Oelsberg
am 01.05.
Winfried Seelinger
Gutenbergplatz 2
67125 Dannstadt-Schauernheim
am 05.05.
Peter Kolb
St.-Martin-Str. 7 ▪ 55278 Dalheim
am 06.05.
Marlies Adomat
Allee 16 ▪ 55596 Oberstreit
am 17.05.
Rosemarie Schmidt
Klosterweg 6 ▪ 55452 Guldental
am 29.05.
Hildegard Eckel
Longkampstr. 37 ▪ 54292 Trier

■ zum 73. Geburtstag
am 16.05.
Herbert Tröster
Bismarckstr. 18 ▪ 56626 Andernach
am 17.05.
Ulrike Scherf
Flurstr. 27 ▪ 67716 Heltersberg
am 23.05.
Gisela Höher
Bergweg 36 ▪ 56179 Vallendar

■ zum 72. Geburtstag
am 11.05.
Werner Kimmle
Bergstr. 42 ▪ 67067 Ludwigshafen
am 11.05.
Ursula Mazur
Sachsenstr. 51 ▪ 66482 Zweibrücken
am 14.05.
Rotraud Becker
Assessorenweg 50 ▪ 53489 Sinzig
am 20.05.
Otto Ottenbreit
Hanfstr. 3 ▪ 66862 Kindsbach
am 20.05.
Annemarie Spitz
Berwartsteinstr. 12 ▪ 66994 Dahn

■ zum 71. Geburtstag
am 16.05.
Hartwig Witthöft
An der Almel 39 ▪ 67434 Neustadt
am 22.05.
Gerda Hein
Am Martinergarten 11 ▪ 54487 Wintrich

■ zum 70. Geburtstag
am 04.05.
Bernhard Bappert
Radolfstr. 5b ▪ 67227 Frankenthal
am 16.05.
Ursula Herrmann
Im Krummen Rain 30
67661 Kaiserslautern
am 17.05.
Hans-Joachim Becker
Tannenweg 9 ▪ 54340 Bekond
am 21.05.
Lothar Manderscheid
Bodentalstr. 14
66482 Zweibrücken/Pfalz
am 22.05.
Inge Stump
Pfarrer-Oden-Str. 2 ▪ 54343 Föhren
am 26.05.
Hartmut von Pabrutzki
Hirschgraben 2▪ 67346 Speyer
am 29.05.
Monika Lesmeister
Gartenstr. 29 ▪ 66849 Landstuhl

Region Koblenz
VBE-Fachtagung – Diagnose, Prävention und Förderung bei besonderen Schwierigkeiten beim Rechnen

Mittwoch 15.06.2016 9–17 Uhr

Ort: **Jugendherberge Leutesdorf, Rheinstraße 25, 56599 Leutesdorf am Rhein**
www.jugendherberge.de/de-de/jugendherbergen/leutesdorf761/portraet
Termin: **15. Juni 2016**
Anmeldung: **bis zum 01. Juni 2016 an Hubertus Kunz: h.kunz@vbe-rp.de**
Programm:

9:00 Uhr	**Eröffnung** Hubertus Kunz stellv. VBE-Landesvorsitzender
9:15 Uhr	**Fallbeispiele, Definition und Symptome für besondere Schwierigkeiten** Prof. Dr. Sebastian Wartha, PH Karlsruhe
10:45 Uhr	**Diagnose von besonderen Schwierigkeiten**
12:30 Uhr	Mittagspause
13:30 Uhr	**Auswahl** von geeigneten Arbeitsmitteln, praktische Vorschläge für Förderung Förderkonzept, Aufbau von Grundvorstellungen in Förderung und Unterricht
17:00 Uhr	Ende der Veranstaltung

Ausgehend von Fallbeispielen (Videosequenzen und Schülerdokumenten) werden Symptome für besondere Schwierigkeiten beim Lernen des Rechnens erarbeitet. Anschließend werden inhaltliche und methodische Grundlagen von Diagnose und Förderung betrachtet, die auf spezielle Probleme beim Lernen von Mathematik abzielen. Besondere Hürden stellen dabei die Ablösung vom zählenden Rechnen, die Entwicklung eines tragfähigen Stellenwertverständnisses und der Aufbau von Grundvorstellungen zu Zahlen, Rechenoperationen und -strategien dar. Auf der Grundlage dieser Überlegungen werden konkrete Maßnahmen für die Förderung und einen präventiven Unterricht beleuchtet.
Die Veranstaltung ist vom Pädagogischen Landesinstitut (PL) Rheinland-Pfalz als dienstlichen Interessen dienend und damit als Lehrerfort- und -weiterbildung anerkannt (Az.:....).
Es wird ein Tagungsbeitrag für VBE-Mitglieder von € 10,00 und Nichtmitglieder von € 25,00 erhoben.
Alle Kolleginnen und Kollegen sind herzlich eingeladen.

Die VBE-Region Rheinhessen-Pfalz und der VBE-Kreisverband Ahrweiler laden ein zu einer VBE-Fortbildung mit den Workshops
„Kraft tanken im Lehreralltag“ und „Bewegte Bildung“

Montag 25.04.2016 9–16.30 Uhr

Donnerstag 19.05.2016 9–16.30 Uhr

Termin 1: **Region Rheinhessen Pfalz**
Montag, 25. April 2016, 9:00 bis 16:30 Uhr
Ort: **Tagungsstätte Maria Rosenberg, Rosenbergstraße 20–24, 67714 Waldfischbach-Burgalben**
Anmeldung: **bis zum 21. April 2016 bei Heike Schmehrer (HeikeSchmehrer@web.de) oder 0631-7501861**

Termin 2: **VBE-Kreisverband Ahrweiler**
Donnerstag, 19. Mai 2016, 9:00 bis 16:30 Uhr
Ort: **Grundschule Ahrweiler, Blankartstr. 13, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler**
Anmeldung: **bis zum 13. Mai 2016 bei Hubertus Kunz, E-Mail: h.kunz@vbe-rp.de**

Referent: **Jimmy Little, DSB Diplomtrainer, Bildungsreferent an der Deutschen Sporthochschule Köln**

Programm:

Workshop „Kraft tanken im Lehreralltag“
Im Teil „Kraft tanken im Lehreralltag“ erfahren Lehrkräfte praxisnah einfache, leicht durchzuführende alltagstaugliche Übungen zur Stressbewältigung, Entspannung oder auch zum Kräftewecken im Berufsalltag. Sofort erlernbare Atem- und Entspannungstechniken, wie sie von Chirurgen, Fluglotsen, Profisportlern oder Rettungssanitätern angewendet werden, vermittelt Jimmy Little auf unterhaltsame Weise.

Workshop „Bewegte Bildung“
Im Teil „Bewegte Bildung“ werden Zusammenhänge zwischen Bewegung und besserem Lernen leicht verständlich und praxisorientiert vermittelt. Hier werden sofort umsetzbare Lösungen vorgestellt, um lernförderliche Bewegungsformen im Schulalltag zu integrieren.

Workshop-Materialien werden allen Teilnehmer(inne)n zur Verfügung gestellt.
Die Veranstaltung dient als Lehrerfort- und -weiterbildung. Eine PL-Nummer ist beantragt und wird auf der Teilnahmebescheinigung ausgewiesen.
Es wird ein Tagungsbeitrag für VBE-Mitglieder von € 10,00 und Nichtmitglieder von € 25,00 erhoben. Tagungsgebühr inklusive Mittagessen und Getränke.
Alle Kolleginnen und Kollegen sind herzlich eingeladen.

(und Lehrerinnen natürlich auch)*

... wenn sie – mit unbestechlichem Gespür für Gerechtigkeit – Arbeit bewerten:

Lehrer sind doch keine Neandertaler, die mit der Notenkeule durch die Gegend laufen ...

Die beste Arbeit hat mal wieder keiner ...

Mit dem, was der nicht weiß, können noch drei andere hängenbleiben ...

... wenn sie – sprühend vor Esprit – die Vielfalt pädagogischer Situationen meistern:

Nur keine Hetze, du bist doch keine Eintagsfliege ...

Ihr seid jetzt keine Rotzbuben und Pipimädchen mehr – ab heute sind Sie erwachsen ...

Sagt mir, was ihr denkt, und ich sage euch, was ihr mich könnt ...

... wenn sie sich mit Hingabe brennenden Fragen des Glaubens widmen:

Gott ist nicht tot – er ist nur durch die vielen langweiligen Predigten eingeschlafen ...

Der Philosoph beschäftigt sich mit dem Kern der Sache – der Lebenskünstler mit dem Fruchtfleisch ...

Zitate aus dem echten Schulleben, gesammelt von Dieter Kroppach (†), meinem Deutschlehrer

br

Das große „Vinum bonum deorum donum“ *-Rätsel

Die Buchstaben in den gelb markierten Feldern (absteigend von links nach rechts gelesen) ergeben die Lösung – einen zeitlosen Spruch aus Schülermund. Den Lösungssatz bitte nur per E-Mail an die Landesgeschäftsstelle: info@vbe-rp.de. Die ersten drei richtigen Einsender erhalten je 6 Flaschen Wein aus rheinland-pfälzischen Anbaugebieten.

* Ein guter Wein ist ein Geschenk der Götter

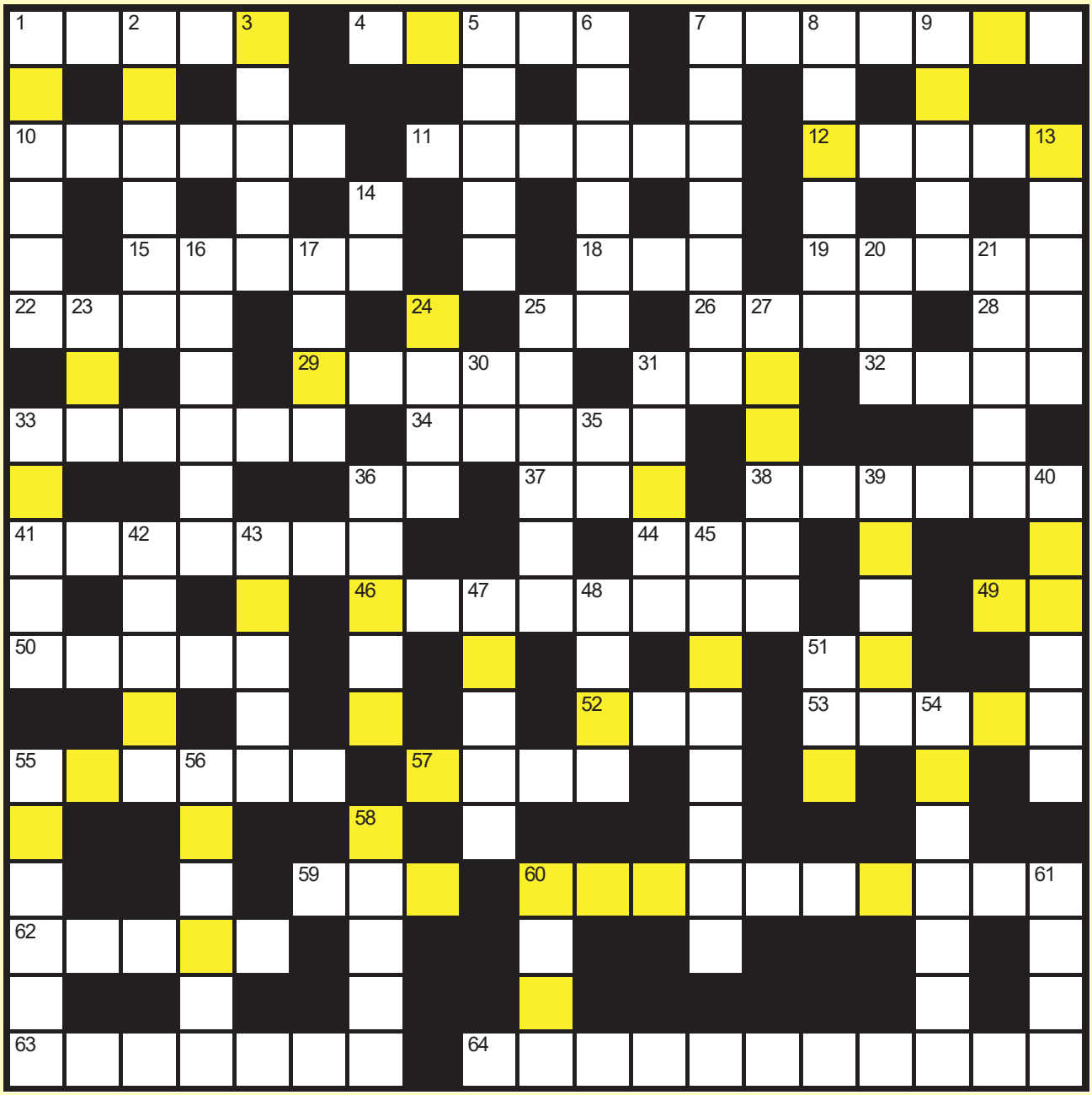
Einsendeschluss ist der 15. April 2016.
Viel Glück wünscht Ihre Redaktion!

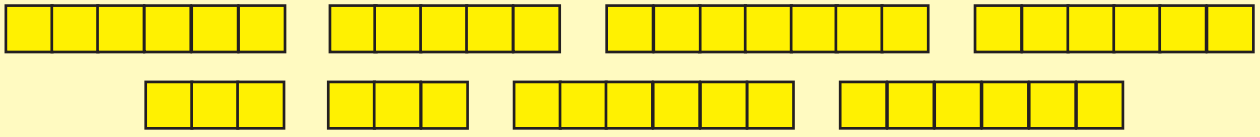
waagerecht:

1 Der macht, was er will
4 „YEAH YEAH YEAH“ – Drummer
7 Von denen ist noch keiner vom Himmel gefallen
10 Matura nennt es der Österreicher
11 Der steckt immer im Detail
12 Beim Händewaschen zu empfehlen
15 Armut, Hilflosigkeit
18 Selten
19 Den wollen wir mal tüchtig durch den ? ziehen
22 Abschnitt des Korans
25 Privatdozent
26 Der kleinste Buchstabe
28 Realschullehrer
29 Ist es wirklich so blöd, wie es guckt?
31 Was?
32 In dieser Stadt ist immer gutes Klima
33 Blume
34 Berg in der Rhön
36 Wenn das Wörtchen WENN nicht wär, sagte die Queen
37 Fluss in Österreich
38 Prüfung, Test
41 Kehrreim
44 Wirr und verrückt
46 In die Luft jagen
49 Nationalitätszeichen von Wilhelm Tell Country
50 Nicht rund
51 Astronomische Einheit
52 Damit Berg runter gut, Berg hoch schlecht
53 Ohne die geht einem die Luft aus
55 Wertstellung
57 Ranke des Weinstocks
59 Die hat jeder schon mal vergessen – vor dem Automaten
60 Ich will keine ?, ich will lieber einen Mann
62 Türkischer Vorname
63 Atomkernbaustein
64 Damit wird die Wäsche nicht nur sauber, sondern auch rein

Senkrecht:

1 Excel für Fred Feuerstein
2 Ich bin der Goldene ?
3 Wenn die schlecht ist, bleibt man lieber direkt im Bett
5 Als Spende sehr begehrt
6 Geburtsort von Stephen Hawking
7 Wörtlich: schlechte Luft
8 Nervige Tierart, besonders nachts an der Backe
9 ? 17 mit Selbstüberlistung
13 Ganz übler Virus
14 Aussterbender Datenträger
16 Yummy, Yummy
17 Leichter Schlag mit den Fingerknöcheln auf den Kopf – heutzutage auch für Pädagogen leider verboten
20 Fettiges, ekelhaftes Ekeltier, wird trotzdem von vielen Menschen oft gegessen – (kotz, würg)
21 Großverband des Heeres
23 Misst das, was man schlecht erklären kann
24 The Boss





25 Den kannste in der ? rauchen
27 Friede, Freude, Eiersuchen
30 Ab jetzt
31 Ein bisschen
33 Biegung, Krümmung
35 Max Mustermann (offiz. Kurzform)
36 Sylt ist eine, Kuba auch
39 Tschüss
40 Geben ist seliger
42 Den Krankheitsherd betreffend
43 Ist ein schlechter Ratgeber
45 Konfessionszugehörigkeit
47 Damit der ? rollt
48 Riechorgan
51 Sollte man nicht zu viel von trinken (Abk.)
54 Bei Mathe: ⟵ Null
55 Wer die hat, sollte zum Arzt gehen
56 Crash
58 Marmor und Stein und da fehlt doch noch was!
60 Darauf kann man so richtig abchillen
61 Mann von Miss Piggy

kfs

Im Interregnum

Die Zeit zwischen Wahltag und der ersten Sitzung des neuen Parlaments mit der Wahl des neuen Landesvaters oder der neuen Landesmutter, die Zeit der Koalitionsverhandlungen oder – bei eindeutigem Wahlergebnis – die Zeit des Postenschacherns wird beinahe so mystifiziert wie die Zeit zwischen den Jahren: Diese Zeit wird sogar als Interregnum bezeichnet. Diese Zeit hat feste Rituale, die nahezu liturgisch ablaufen:

Der Wahlabend

Die Spitzenkandidaten kommentieren, ob Sieger oder Verlierer, das Wahlergebnis ihrer Partei:
„Zuerst möchte ich unseren vielen Wählerinnen und Wählern für ihr Vertrauen danken, in diesen Dank schließe ich unsere Wahlkämpfer ein.“
„Der Wähler hat gesprochen und uns einen klaren Auftrag zur Regierung dieses Landes gegeben.“
„Wir haben an Stimmen zugelegt und unser Wahlziel in einem schwierigen Umfeld erreicht.“

Verlierer verkünden: *„ Das Ergebnis entspricht nicht unseren Erwartungen, ist aber immer noch besser als* (hier wird zum Vergleich ein Wahljahr gewählt, in dem die Partei noch schlechter abschnitt). *Leider konnten wir unser hervorragendes Programm nicht überall dem Wähler vermitteln.“*

Sieger verkünden: *„ Es ist nicht zu fassen, das ist das beste Ergebnis, das wir je eingefahren haben, sensationell!“*

Alle rechnen sich das Ergebnis schön, keiner realisiert, dass die Partei der Nichtwähler eine satte Mehrheit hat und somit das eigene Wahlergebnis relativiert.

Ursachen für schlechtes Abschneiden werden immer außerhalb des Politikbetriebs gesucht. Bestes Beispiel hierfür war vor Jahren die Wahl zum Münchner Oberbürgermeister. Im ersten Wahlgang erreichte kein Kandidat die vorgeschriebene absolute Mehrheit, sodass eine Stichwahl nötig wurde. Der Zweitplatzierte erklärte sein schlechtes Abschneiden mit dem guten Wetter, das – wie bei Föhn üblich – seine Stammwähler in die Berge und nicht an die Wahlurne trieb. Seine Niederlage bei der Stichwahl 14 Tage später erklärte er mit dem Sauwetter, das die Wähler am Gang ins Wahllokal hinderte.

Die Koalitionsbildung

Verhandlungen zwischen Siegern und Besiegten: Der kleinere Partner verkündet immer, dass man selbstverständlich nur auf Augenhöhe miteinander redet. Dem größeren Partner ist wichtig, dass man natürlich bei den Vereinbarungen immer das Wahlergebnis im Auge behalten muss. Für beide steht – klar wie Kloßbrüh‘ – das Wohl des Landes im Mittelpunkt.

Alle Koalitionspartner sind sich in der Öffentlichkeit darüber einig: *„Zuerst reden wir über Inhalte, dann über den Zuschnitt der Regierung und erst ganz am Schluss über Personen.“* Stimmt natürlich nicht, alle wollen an die Macht und versuchen, ihre Interessen und Mandatsträger durchzusetzen. Dies ist für alle nicht leicht, denn eine Koalition ist das Kunststück, den rechten Schuh auf dem linken Fuß zu tragen, ohne Hühneraugen zu bekommen.

Wenn dann der Koalitionsvertrag steht, verkünden alle Partner unisono: *„Es ist uns gelungen, einen großen Teil unseres Wahlprogramms unterzubringen, der Vertrag trägt unsere Handschrift.“* Keiner sagt, es sei ihnen gelungen, ein gemeinsames Programm zum Wohle des Landes zu vereinbaren.

Monieren welche, dass sie im Koalitionsvertrag – der ab jetzt Regierungsprogramm heißt – Inhalte vermissen, die im Wahlkampf versprochen wurden, trösten die Koalitionäre: *„Leider war dies bei den Verhandlungen nicht durchsetzbar, es scheiterte am Widerstand der* (hier wird dann immer die andere Partei genannt), *aber wir werden selbstverständlich Ihr berechtigtes Anliegen* (vor der Wahl ist nach der Wahl!) *weiterverfolgen.“*

Die Regierungsbildung

Die Bildung der Regierung (bitte diese Formulierung nicht allzu wörtlich nehmen) ist für alle beteiligten Parteien nervenaufreibend. Wer bekommt welchen Posten in Kabinett oder Fraktion? Wie schafft man den regionalen, konfessionellen, geschlechter- und altersgerechten Proporz? Wie tröstet und entschädigt man die Verlierer? Welche Rhetorik braucht man, um mitteilen zu können: „Bei der Regierungsbildung stand allein die Fachkompetenz der Personen im Mittelpunkt der Überlegungen.“?

Fazit

Politik auf Erden wird von Menschen gemacht. Politik unterliegt folglich auch den menschlichen Schwächen, die wir alle haben. Demokratie ist bekanntlich ein mühevolles und umständliches Geschäft. Ihr Wesen ist der Kompromiss. Sie ist eine schwierige Staatsform. Aber es gibt keine bessere.

Manfred Schreiner